



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 – 2014

Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

2011/2069(INI)

20.8.2012

ÄNDERUNGSANTRÄGE 1 – 200

Entwurf eines Berichts
Monika Flašíková Beňová
(PE489.625v01-00)

zur Lage der Grundrechte in der Europäischen Union (2010–2011)
(2011/2069(INI))

AM\910997DE.doc

PE492.760v02-00

DE

In Vielfalt geeint

DE

AM_Com_NonLegReport

DE

Änderungsantrag 1
Antigoni Papadopoulou

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 4 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

**– unter Hinweis auf die UN-Konvention
über die Rechte von Menschen mit
Behinderungen,**

Or. en

Änderungsantrag 2
Antigoni Papadopoulou

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 4 b (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

**– unter Hinweis auf das Übereinkommen
der Vereinten Nationen zur Unterbindung
des Menschenhandels und der
Ausnutzung der Prostitution anderer aus
dem Jahre 1949,**

Or. en

Änderungsantrag 3
Valdemar Tomaševski

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 5 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

**– gestützt auf Artikel 10 des Vertrags über
die Arbeitsweise der Europäischen Union,**

Or. pl

Änderungsantrag 4
Valdemar Tomaševski

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 5 b (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

*– unter Hinweis auf das
Rahmenübereinkommen des Europarates
zum Schutz nationaler Minderheiten,*

Or. pl

Änderungsantrag 5
Valdemar Tomaševski

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 5 c (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

*– unter Hinweis auf die Europäische
Charta der Regional- oder
Minderheitensprachen,*

Or. pl

Änderungsantrag 6
Livia Járóka

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 6 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

*– unter Hinweis auf die Mitteilung der
Kommission zu einem EU-Rahmen für
nationale Strategien zur Integration der
Roma bis 2020 (COM(2011)0173) und
zum Thema „Nationale Strategien zur
Integration der Roma: erster Schritt zur*

*Umsetzung des EU-Rahmens“
(COM(2012)0226 endg.),*

Or. en

Änderungsantrag 7
Livia Járóka

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 6 b (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

*– unter Hinweis auf die
Schlussfolgerungen des Europäischen
Rates vom Juni 2011,*

Or. en

Änderungsantrag 8
Livia Járóka

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 6 c (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

*– unter Hinweis auf seine Entschließung
vom 9. März 2011 zur Strategie der EU
zur Integration der Roma¹,*

¹ P7_TA(2011)0092

Or. en

Änderungsantrag 9
Anna Hedh, Britta Thomsen

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 8 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

*– unter Hinweis auf das Übereinkommen
der Vereinten Nationen zur Unterbindung
des Menschenhandels und der
Ausnutzung der Prostitution anderer aus
dem Jahre 1949,*

Or. en

Änderungsantrag 10
Alexander Mirsky

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 8 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

*– unter Hinweis auf Artikel 6 des
Übereinkommens über die Beteiligung
von Ausländern am kommunalen
öffentlichen Leben,*

Or. en

Änderungsantrag 11
Anna Hedh, Britta Thomsen

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 8 b (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

*– unter Hinweis auf die UN-Konvention
über die Rechte von Menschen mit
Behinderungen,*

Or. en

Änderungsantrag 12
Alexander Mirsky

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 8 b (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

**– unter Hinweis auf Artikel 79 Absatz 4
des Vertrags von Lissabon,**

Or. en

**Änderungsantrag 13
Alexander Mirsky**

**Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 8 c (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

**– unter Hinweis auf seine Entschließung
vom 11. März 2004 zu dem umfassenden
Monitoring-Bericht der Kommission über
den Stand der Vorbereitungen auf die
EU-Mitgliedschaft,**

Or. en

**Änderungsantrag 14
Alexander Mirsky**

**Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 8 d (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

**– unter Hinweis auf seine Entschließung
vom 22. April 2009 zu den Beratungen
des Petitionsausschusses im Jahr 2008¹,**

¹ P6_TA(2009)0239

Or. en

**Änderungsantrag 15
Alexander Mirsky**

**Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 8 e (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

– unter Hinweis auf die Empfehlungen der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen, des Ausschusses der Vereinten Nationen für die Beseitigung der Rassendiskriminierung, der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas des Europarates, des Menschenrechtskommissars des Europarats, der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz und der Parlamentarischen Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa;

Or. en

**Änderungsantrag 16
Tatjana Ždanoka**

**Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 9**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

– unter Hinweis auf die Übereinkommen der Vereinten Nationen zum Schutz der Menschenrechte, denen **alle** Mitgliedstaaten beigetreten sind, und die Konventionen und Empfehlungen des Europarates sowie die Entscheidungen, Leitlinien und Urteile spezialisierter Überwachungsorgane und spezialisierter gerichtlicher Instanzen,

– unter Hinweis auf die Übereinkommen der Vereinten Nationen zum Schutz der Menschenrechte, denen Mitgliedstaaten beigetreten sind, und die Konventionen und Empfehlungen des Europarates sowie die Entscheidungen, Leitlinien und Urteile spezialisierter Überwachungsorgane und spezialisierter gerichtlicher Instanzen,

Or. en

Änderungsantrag 17
Konrad Szymański, Janusz Wojciechowski

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 11

Entschließungsantrag

Geänderter Text

– unter Hinweis auf die Rechtsprechung der nationalen Verfassungsgerichte, die als Bezugspunkt für die Auslegung des einzelstaatlichen Rechts auch auf die Charta der Grundrechte verweist,

entfällt

Or. en

Änderungsantrag 18
Mitro Repo

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 15 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

– unter Hinweis auf die Ergebnisse der Eurobarometer-Umfrage 340 zum Thema „Die Charta der Grundrechte der Europäischen Union“,

Or. fi

Änderungsantrag 19
Tatjana Ždanoka

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 16 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

– unter Hinweis auf die vom Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres in Auftrag gegebenen Studien,

Or. en

Änderungsantrag 20
Edit Bauer

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 16 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

– unter Hinweis auf seine Entschließung vom 8. Juni 2005 zum Schutz von Minderheiten und Maßnahmen gegen Diskriminierung in einem erweiterten Europa¹,

¹ P6_TA(2005)0228

Or. en

Änderungsantrag 21
Edit Bauer

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 16 b (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

– unter Hinweis auf die Richtlinie 2000/43/EG zur Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft,

Or. en

Änderungsantrag 22
Ioan Enciu

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 18 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

– *unter Hinweis auf die von den Mitgliedstaaten vorgelegten nationalen Strategien zur Integration der Roma und auf die Mitteilung der Kommission über die Bewertung der nationalen Strategien (COM(2012)0226 endg.),*

Or. ro

Änderungsantrag 23
Valdemar Tomaševski

Entschließungsantrag
Erwägung A

Entschließungsantrag

A. in der Erwägung, dass sich die Union nach Artikel 2 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) auf eine Gemeinschaft unteilbarer und universeller Werte *wie* die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Solidarität, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte für alle Personen im Gebiet der Europäischen Union, einschließlich Personen, die Minderheiten angehören, *stützt*;

Geänderter Text

A. in der Erwägung, dass sich die Union nach Artikel 2 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) auf eine Gemeinschaft unteilbarer und universeller Werte *stützt, darunter* die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Solidarität, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte für alle Personen im Gebiet der Europäischen Union, einschließlich Personen, die Minderheiten angehören, *so auch nationalen, ethnischen und sprachlichen Minderheiten*;

Or. pl

Änderungsantrag 24
Kinga Gál

Entschließungsantrag
Erwägung A

Entschließungsantrag

A. in der Erwägung, dass sich die Union nach Artikel 2 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) auf eine

Geänderter Text

A. in der Erwägung, dass sich die Union nach Artikel 2 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) auf eine

Gemeinschaft unteilbarer und universeller Werte wie die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, **Solidarität**, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte **für alle Personen im Gebiet der Europäischen Union**, einschließlich Personen, die Minderheiten angehören, stützt;

Gemeinschaft unteilbarer und universeller Werte wie die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte, einschließlich **der Rechte der** Personen, die Minderheiten angehören, stützt, **wobei diese Werte allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam sind, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet**;

Or. en

Änderungsantrag 25 **Marie-Christine Vergiat**

Entschließungsantrag **Erwägung A**

Entschließungsantrag

A. in der Erwägung, dass sich die Union nach Artikel 2 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) auf eine Gemeinschaft unteilbarer und universeller Werte wie die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Solidarität, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte für alle Personen im Gebiet der Europäischen Union, **einschließlich** Personen, die Minderheiten angehören, stützt;

Geänderter Text

A. in der Erwägung, dass sich die Union nach Artikel 2 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) auf eine Gemeinschaft unteilbarer und universeller Werte wie die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Solidarität, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte für alle Personen im Gebiet der Europäischen Union, **insbesondere** Personen, die Minderheiten angehören, stützt;

Or. fr

Änderungsantrag 26 **Mitro Repo**

Entschließungsantrag **Erwägung A**

Entschließungsantrag

A. in der Erwägung, dass sich die Union nach Artikel 2 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) auf eine Gemeinschaft unteilbarer und universeller Werte wie die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Solidarität, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte für alle Personen im Gebiet der Europäischen Union, einschließlich Personen, die Minderheiten angehören, stützt;

Geänderter Text

A. in der Erwägung, dass sich die Union nach Artikel 2 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) auf eine Gemeinschaft unteilbarer und universeller Werte wie die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Solidarität, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte für alle Personen im Gebiet der Europäischen Union, einschließlich Personen, die Minderheiten angehören, ***Staatenlosen und Personen, die sich vorübergehend oder illegal im Gebiet der Union aufhalten***, stützt;

Or. fi

Änderungsantrag 27
Mariya Gabriel

Entschließungsantrag
Erwägung A

Entschließungsantrag

A. in der Erwägung, dass sich die Union nach Artikel 2 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) auf eine Gemeinschaft unteilbarer und universeller Werte wie die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, ***Gleichheit***, Solidarität, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte für alle Personen im Gebiet der Europäischen Union, einschließlich Personen, die Minderheiten angehören, stützt;

Geänderter Text

A. in der Erwägung, dass sich die Union nach Artikel 2 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) auf eine Gemeinschaft unteilbarer und universeller Werte wie die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, ***Gleichstellung der Geschlechter, Nichtdiskriminierung***, Solidarität, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte ***und der bürgerlichen Freiheiten*** für alle Personen im Gebiet der Europäischen Union, einschließlich Personen, die Minderheiten angehören, stützt;

Or. fr

Änderungsantrag 28
Monika Flašíková Beňová, Renate Weber

Entschließungsantrag
Erwägung A a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Aa. in der Erwägung, dass die Achtung und die Förderung dieser Werte ein wesentliches Element der Identität der Europäischen Union und eine Bedingung für die Aufnahme in die EU und für die umfassende Wahrung der Rechte der Mitglieder ist;

Or. en

Änderungsantrag 29
Kinga Göncz

Entschließungsantrag
Erwägung A a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Aa. in der Erwägung, dass die Achtung und die Förderung dieser Werte ein wesentliches Element der Identität der Europäischen Union und eine Bedingung für die Aufnahme in die EU und für die umfassende Wahrung der Rechte der Mitglieder ist;

Or. en

Änderungsantrag 30
Marie-Christine Vergiat

Entschließungsantrag
Erwägung B

Entschließungsantrag

Geänderter Text

B. in der Erwägung, dass Artikel 6 Absatz 3 EUV bestätigt, dass die Grundrechte, wie sie in der EMRK verankert sind und wie sie sich aus den gemeinsamen *Verfassungstraditionen* der Mitgliedstaaten ergeben, als allgemeine Grundsätze Teil des EU-Rechts sind;

B. in der Erwägung, dass Artikel 6 Absatz 3 EUV bestätigt, dass die Grundrechte, wie sie in der EMRK verankert sind und wie sie sich aus den gemeinsamen *verfassungsrechtlichen Vorschriften* der Mitgliedstaaten ergeben, als allgemeine Grundsätze Teil des EU-Rechts sind

Or. fr

Änderungsantrag 31 Monika Flašíková Beňová

Entschließungsantrag Erwägung C

Entschließungsantrag

C. in der Erwägung, dass die Charta der Grundrechte der Europäischen Union mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon für die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Europäischen Union und die EU-Mitgliedstaaten rechtsverbindlich geworden ist, wenn diese EU-Recht anwenden;

Geänderter Text

C. in der Erwägung, dass die Charta der Grundrechte der Europäischen Union mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon ***den gleichen Wert wie die Gründungsverträge hat und*** für die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Europäischen Union und die EU-Mitgliedstaaten rechtsverbindlich geworden ist, wenn diese EU-Recht anwenden, ***wie dies in der Begründung zu Artikel 51 der Charta ausgeführt ist; wonach aus „der Rechtsprechung des Gerichtshofs eindeutig zu entnehmen [ist], dass die Verpflichtung zur Einhaltung der im Rahmen der Union definierten Grundrechte für die Mitgliedstaaten nur dann gilt, wenn sie im Anwendungsbereich des Unionsrechts handeln“¹;***

¹ Urteil vom 13. Juli 1989 in der Rechtssache 5/88, Wachauf, Slg. 1989, 2609; Urteil vom 18. Juni 1991 in der Rechtssache C-260/89, ERT, Slg. 1991, I-2925; Urteil vom 18. Dezember 1997 in der Rechtssache C-309/96, Annibaldi, Slg. 1997, I-7493.

Or. en

Änderungsantrag 32
Marie-Christine Vergiat

Entschließungsantrag
Erwägung C

Entschließungsantrag

C. in der Erwägung, dass die Charta der Grundrechte der Europäischen Union mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon für die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Europäischen Union und die EU-Mitgliedstaaten rechtsverbindlich geworden ist, wenn diese EU-Recht anwenden;

Geänderter Text

C. in der Erwägung, dass die Charta der Grundrechte der Europäischen Union mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon **die Werte und Grundsätze in konkrete und durchsetzbare Rechte umgewandelt hat und in der Erwägung, dass die Charta denselben Wert wie der Vertrag** von Lissabon **hat und** für die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Europäischen Union und die EU-Mitgliedstaaten rechtsverbindlich geworden ist, wenn diese EU-Recht anwenden;

Or. fr

Änderungsantrag 33
Monika Flašíková Beňová, Tatjana Ždanoka, Renate Weber

Entschließungsantrag
Erwägung C a (neu)

Entschließungsantrag

Ca. in der Erwägung, dass der im EUV vorgesehene Beitritt der EU zur EMRK ermöglichen wird, dass die Handlungen der EU vom EGMR überprüft werden können, so dass die Rechenschaftspflicht der EU verstärkt und der Zugang zur Justiz für den Einzelnen verbessert wird;

Geänderter Text

Or. en

Änderungsantrag 34
Marie-Christine Vergiat

Entschließungsantrag
Erwägung C a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Ca. in der Erwägung, dass eine echte Kultur der Grundrechte entwickelt werden muss, die in den Organen der Europäischen Union, aber auch in den Mitgliedstaaten insbesondere dann gefördert und gestärkt werden muss, wenn sie das Recht der Union sowohl intern als auch in den Beziehungen zu Drittländern umsetzen,

Or. fr

Änderungsantrag 35
Kinga Göncz

Entschließungsantrag
Erwägung C a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Ca. in der Erwägung, dass der bisherige fragmentarische Ansatz der EU in Bezug auf die Menschenrechte zu Forderungen nach einer kohärenten Menschenrechtspolitik der EU geführt hat; in der Erwägung, dass zur Zeit kein Mechanismus existiert, der die verschiedenen Grundrechtsakteure in der Struktur der EU zusammen bringt;

Or. en

Änderungsantrag 36
Monika Flašíková Beňová, Tatjana Ždanoka, Renate Weber

Entschließungsantrag

Erwägung C b (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Cb. in der Erwägung, dass die wirksame Wahrung und Förderung der Rechte ein allgemeines Ziel aller Politikbereiche der EU sein muss, einschließlich ihrer externen Dimension; in der Erwägung, dass unter Beachtung der Pflicht zum Schutz, zur Förderung und Wahrnehmung keine neuen Kompetenzen der EU erforderlich macht, sondern eher proaktives Engagement der Organe in Bezug auf Menschenrechte;

Or. en

**Änderungsantrag 37
Marie-Christine Vergiat**

**Entschließungsantrag
Erwägung C b (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Cb. in der Erwägung, dass die Umsetzung dieser Werte und Grundsätze auch auf eine wirksame Kontrolle der Achtung der in der Charta garantierten Grundrechte, auch bei der Erarbeitung von Legislativvorschlägen, aufbauen muss; in der Erwägung, dass andere Erwägungen keinen Vorrang gegenüber der Achtung und der Gewährleistung dieser Grundrechte haben können, da sonst die Glaubwürdigkeit der Rolle und des Profils der Europäischen Union im Bereich der Menschenrechte, insbesondere in ihren Beziehungen zu Drittstaaten, untergraben werden würde;

Or. fr

Änderungsantrag 38
Kinga Göncz

Entschließungsantrag
Erwägung C b (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Cb. in der Erwägung, dass die Bürger ihre Rechte nur dann uneingeschränkt in Anspruch nehmen können, wenn die Grundwerte und -prinzipien, wie Rechtsstaatlichkeit, Unabhängigkeit der Justiz, Medienfreiheit und Nichtdiskriminierung, geachtet werden;

Or. en

Änderungsantrag 39
Monika Flašíková Beňová, Tatjana Ždanoka, Renate Weber

Entschließungsantrag
Erwägung C c (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Cc. in der Erwägung, dass der bisherige fragmentarische Ansatz der EU in Bezug auf die Menschenrechte zu Forderungen nach einer kohärenten Menschenrechtspolitik der EU geführt hat; in der Erwägung, dass zur Zeit kein Mechanismus existiert, der die verschiedenen Grundrechtsakteure in der Struktur der EU zusammen bringt;

Or. en

Änderungsantrag 40
Kinga Göncz

Entschließungsantrag
Erwägung C c (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Cc. in der Erwägung, dass die Lücke zwischen Grundrechten und ihrer Durchsetzung die Glaubwürdigkeit der EU und ihrer Mitgliedstaaten sowie die Achtung und die effektive Förderung der Menschenrechte sowohl in ihrem Gebiet als auch in der ganzen Welt untergräbt;

Or. en

Änderungsantrag 41

Monika Flašíková Beňová, Tatjana Ždanoka, Renate Weber

Entschließungsantrag

Erwägung C d (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Cd. in der Erwägung, dass die Bürger ihre Rechte nur dann uneingeschränkt in Anspruch nehmen können, wenn die Grundwerte und -prinzipien, wie Rechtsstaatlichkeit, Unabhängigkeit der Justiz, Medienfreiheit und Nichtdiskriminierung, geachtet werden;

Or. en

Änderungsantrag 42

Monika Flašíková Beňová, Tatjana Ždanoka, Renate Weber

Entschließungsantrag

Erwägung C e (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Ce. in der Erwägung, dass die Lücke zwischen Grundrechten und ihrer Durchsetzung die Glaubwürdigkeit der EU und ihrer Mitgliedstaaten sowie die Achtung und die effektive Förderung der

***Menschenrechte sowohl in ihrem Gebiet
als auch in der ganzen Welt untergräbt;***

Or. en

**Änderungsantrag 43
Kinga Gál**

**Entschließungsantrag
Erwägung D**

Entschließungsantrag

D. in der Erwägung, dass gemäß Artikel 2 EUV die Verpflichtungen der Beitrittskandidaten laut den Kriterien von Kopenhagen auch nach dem Beitritt zur EU für die Mitgliedstaaten gelten, und in der Erwägung, dass angesichts dessen alle Mitgliedstaaten fortlaufend dahingehend überprüft werden sollten, ob sie die Grundwerte der EU wie etwa ***die*** Achtung der ***Grundrechte, demokratische Institutionen und Rechtsstaatlichkeit*** weiterhin einhalten;

Geänderter Text

D. in der Erwägung, dass gemäß Artikel 2 EUV die Verpflichtungen der Beitrittskandidaten laut den Kriterien von Kopenhagen auch nach dem Beitritt zur EU für die Mitgliedstaaten gelten, und in der Erwägung, dass angesichts dessen alle Mitgliedstaaten fortlaufend dahingehend überprüft werden sollten, ob sie die Grundwerte der EU wie etwa ***Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Achtung der Menschenrechte und Schutz der Minderheiten*** weiterhin einhalten,

Or. en

**Änderungsantrag 44
Monika Flašíková Beňová, Tatjana Ždanoka, Renate Weber**

**Entschließungsantrag
Erwägung D a (neu)**

Entschließungsantrag

D. in der Erwägung, dass gemäß Artikel 7 EUV die Befugnis verlieht, die Menschenrechte in den Mitgliedstaaten zu bewerten und sich mit den betroffenen Ländern politisch auseinanderzusetzen und Verletzungen vorzubeugen bzw. diese abzustellen;

Geänderter Text

Da. in der Erwägung, dass Artikel 7 EUV gemeinsam mit Artikel 2 EUV den Organen der EU die Befugnis verleiht, die Menschenrechte in den Mitgliedstaaten zu bewerten und sich mit den betroffenen Ländern politisch auseinanderzusetzen und Verletzungen vorzubeugen bzw. diese abzustellen;

Änderungsantrag 45
Kinga Göncz

Entschließungsantrag
Erwägung D a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Da. in der Erwägung, dass Artikel 7 EUV gemeinsam mit Artikel 2 EUV den Organen der EU die Befugnis verleiht, zu bewerten, ob eine Verletzung der gemeinsamen Werte, wie die Achtung der Menschenrechte, Demokratie und Rechtstaatlichkeit, in den Mitgliedstaaten vorliegt, und sich mit den betroffenen Ländern politisch auseinanderzusetzen sowie Verletzungen vorzubeugen bzw. diese abzustellen;

Änderungsantrag 46
Mitro Repo

Entschließungsantrag
Erwägung D a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Da. in der Erwägung, dass nach den Ergebnissen der 2012 durchgeführten Eurobarometer-Umfrage zum Thema „Die Charta der Grundrechte der Europäischen Union“ nur eine kleine Minderheit der EU-Bürger weiß, was die Grundrechtecharta eigentlich ist, wann sie Anwendung findet, und dass etwa zwei Drittel der Befragten an weiteren Informationen interessiert war;

Änderungsantrag 47
Marie-Christine Vergiat

Entschließungsantrag
Erwägung D a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Da. in der Erwägung, dass nach Auffassung verschiedener nichtstaatlicher Organisationen mehr als 15 000 Migranten, die versucht haben, den europäischen Kontinent zu erreichen, seit 1988 im Meer gestorben sind, wobei mehr als 1 500 Migranten allein im Jahr 2011 im Meer ertrunken sind; unter anderem in der Erwägung des Abtreibens eines Bootes mit 72 afrikanischen Migranten an Bord, das im März 2011 in Libyen abgelegt hat, von denen 63 starben; in der Erwägung der Entschließung der Parlamentarischen Versammlung des Europarats vom 24. April 2012, die verschiedene Mängel auf unterschiedlichen Ebenen und unterschiedlicher Natur festgestellt hat, sowohl seitens der Mitgliedstaaten der EU als auch seitens der NATO, und die verschiedene Empfehlungen unterbreitet hat, die die EU und die Mitgliedstaaten sowie die NATO auf verschiedene Weise so schnell wie möglich umsetzen müssen;

Or. fr

Änderungsantrag 48
Alexander Mirsky

Entschließungsantrag
Erwägung D a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Da. in der Erwägung, dass

Mitgliedstaaten der EU wie Belgien, Dänemark, Estland, Finnland, Ungarn, Irland, Litauen, Luxemburg, Niederlande, Portugal, Slowakei, Slowenien, Spanien, Schweden, Vereinigtes Königreich Nicht-Staatsangehörigen mit Aufenthalt in einem bestimmten Land für eine bestimmte Anzahl von Jahren das Wahlrecht in Kommunalwahlen ermöglichen;

Or. en

Änderungsantrag 49
Monika Flašíková Beňová, Tatjana Ždanoka, Renate Weber

Entschließungsantrag
Erwägung D b (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Db. in der Erwägung, dass der wirksame Schutz und die Förderung der Menschenrechte von den Mitgliedstaaten verlangt, dass sie im Geiste der Solidarität und der loyalen Zusammenarbeit mit den anderen Mitgliedstaaten die Kontrolle der Achtung der Werte der EU in der Rechtssetzung und -praxis durch die EU anerkennen;

Or. en

Änderungsantrag 50
Kinga Göncz

Entschließungsantrag
Erwägung D b (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Db. in der Erwägung, dass der wirksame Schutz und die Förderung der Menschenrechte von den Mitgliedstaaten

verlangt, dass sie im Geiste der Solidarität und der loyalen Zusammenarbeit mit den anderen Mitgliedstaaten die Kontrolle der Achtung der Werte der EU in der Rechtssetzung und -praxis durch die EU anerkennen;

Or. en

Änderungsantrag 51
Marie-Christine Vergiat

Entschließungsantrag
Erwägung D b (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Db. in der Erwägung, dass die gemeinsame Studie der Agentur der Grundrechte der Europäischen Union, des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen und der Weltbank zur Situation der Roma vom Mai 2012 bestätigt, dass die Roma in ganz Europa diskriminiert werden und ihre Lage schlechter ist als die aller Nicht-Roma in vergleichbaren Situationen; in der Erwägung, dass die Diskriminierung und die Zunahme der Gewalt in den Mitgliedstaaten der Union ihren Ursprung in einem latenten Antiziganismus haben, der von einer die Roma stigmatisierenden öffentlichen Debatte bestimmter verantwortlicher Politiker in den Mitgliedstaaten der Union gefördert wird;

Or. fr

Änderungsantrag 52
Edit Bauer

Entschließungsantrag
Erwägung D b (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Db. in der Erwägung, dass sich der Schutz nationaler Minderheiten und Antidiskriminierungspolitik unterscheiden;

Or. en

**Änderungsantrag 53
Alexander Mirsky**

**Entschließungsantrag
Erwägung D b (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Db. in der Erwägung, dass es in der Republik Lettland eine bestimmte Kategorie von Staatenlosen gibt, die 15 % der Gesamtbevölkerung darstellen und mehr als 20 Jahre dort leben, die kein Recht auf Teilnahme an den Kommunalwahlen haben, während sie verpflichtet sind, Steuern zu zahlen;

Or. en

**Änderungsantrag 54
Monika Flašíková Beňová, Tatjana Ždanoka, Renate Weber**

**Entschließungsantrag
Erwägung D c (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Dc. in der Erwägung, dass die gegenwärtige Wirtschaftskrise eine Herausforderung für den Grundsatz der Solidarität darstellt, der ein wesentliches Element der Geschichte und der Identität der EU darstellt, wie auch das zu Grunde liegende Engagement, das die EU-Bürger

als Mitglieder der gleichen politischen Gemeinschaft zusammenbringt¹;

¹ *Vgl. insbesondere die Artikel der Charter zu sozialen Rechten und die einschlägigen speziellen Artikel der Verträge zur Solidarität: Artikel 80 und 122 AEUV.*

Or. en

Änderungsantrag 55
Alexander Mirsky

Entschließungsantrag
Erwägung D c (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Dc. in der Erwägung, dass die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen, der Ausschuss der Vereinten Nationen für die Beseitigung der Rassendiskriminierung, die Parlamentarische Versammlung des Europarates, der Kongress der Gemeinden und Regionen Europas des Europarates, der Menschenrechtskommissar des Europarats, die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz und die Parlamentarische Versammlung der OSZE sich alle dafür ausgesprochen haben, Nichtbürgern die Teilnahme an Kommunalwahlen zu ermöglichen;

Or. en

Änderungsantrag 56
Alexander Mirsky

Entschließungsantrag
Erwägung D d (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Dd. in der Erwägung, dass die in seiner Entschließung vom 11. März 2004 zu dem umfassenden Monitoring-Bericht der Kommission über den Stand der Beitrittsvorbereitungen das Europäische Parlament den zuständigen staatlichen Stellen Lettlands nahegelegt hat, zu prüfen, ob seit langem ansässigen Nichtbürgern die Teilnahme an Wahlen zu kommunalen Selbstverwaltungsorganen ermöglicht werden kann;

Or. en

**Änderungsantrag 57
Alexander Mirsky**

**Entschließungsantrag
Erwägung D e (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

De. in der Erwägung, dass in seiner Entschließung vom 22. April 2009 zu den Beratungen des Petitionsausschusses im Jahr 2008 das Europäische Parlament die Kommission nachdrücklich aufgefordert hat, die Regelung des Status von Nichtbürgern in Lettland eingehend zu beobachten und voranzubringen;

Or. en

**Änderungsantrag 58
Renate Weber, Sophia in 't Veld**

**Entschließungsantrag
Zwischenüberschrift 1**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Allgemeine Empfehlungen

Allgemeine Empfehlungen

-1. fordert die Kommission, den Rat und die Mitgliedstaaten auf, in vollem Umfang ihrer Verantwortung in Bezug auf die ordnungsgemäße und uneingeschränkte Anwendung der Aufgaben und Kompetenzen der Europäischen Union in Bezug auf die Grundrechte, sowohl auf der Grundlage der Charta der Grundrechte als auch den Artikeln der Verträge zu den Grundrechten und den Bürgerrechten, insbesondere Artikel 2, 6 und 7 EUV gerecht werden; ist der Ansicht, dass dies der einzige Weg ist, dafür zu sorgen, dass die EU sich der Krisen und Spannungen in Bezug auf Demokratie, Rechtstaatlichkeit und Grundrechte, von denen die EU und ihre Mitgliedstaaten betroffen sind, annimmt, wie sie dies auch auf anderen Gebieten gemeinsamen Interesses und gemeinsamer Bedeutung, wie wirtschafts- und haushaltspolitische Fragen, getan hat; fordert, dass der europäische Mechanismus dringend verstärkt werden muss, damit die Achtung der Demokratie, Rechtstaatlichkeit und Grundrechte in der EU gewährleistet wird;

Or. en

Änderungsantrag 59

Monika Flašíková Beňová, Tatjana Ždanoka, Renate Weber

Entschließungsantrag

Ziffer 1

Entschließungsantrag

Geänderter Text

1. begrüßt die Schritte der Kommission, mit denen gewährleistet werden soll, dass Legislativvorschläge im Einklang mit der Charta stehen, stellt jedoch fest, dass noch

1. begrüßt die Schritte der Kommission, mit denen gewährleistet werden soll, dass Legislativvorschläge im Einklang mit der Charta stehen, stellt jedoch fest, dass noch

großer Spielraum für Verbesserungen besteht, da immer noch Vorschläge vorgelegt werden, die die Auswirkungen vorgeschlagener Maßnahmen auf die Grundrechte überhaupt nicht oder nicht in angemessener Weise berücksichtigen; fordert die Kommission auf, konkrete Maßnahmen für eine verbesserte Prüfung dieser Vorschläge im Hinblick auf ihre Vereinbarkeit mit der Charta zu ergreifen;

großer Spielraum für Verbesserungen besteht, da immer noch Vorschläge vorgelegt werden, die die Auswirkungen vorgeschlagener Maßnahmen auf die Grundrechte überhaupt nicht oder nicht in angemessener Weise berücksichtigen; fordert die Kommission auf, konkrete Maßnahmen für eine verbesserte Prüfung dieser Vorschläge im Hinblick auf ihre Vereinbarkeit mit der Charta zu ergreifen, ***einschließlich der angemessenen Sachkenntnis innerhalb des Juristischen Dienstes der Kommission, der für die Prüfung der Vereinbarkeit der Vorschläge mit der Charter verantwortlich ist;***

Or. en

Änderungsantrag 60 Kinga Gál

Entschließungsantrag Ziffer 1

Entschließungsantrag

1. begrüßt die Schritte der Kommission, mit denen gewährleistet werden soll, dass Legislativvorschläge im Einklang mit der Charta stehen, stellt jedoch fest, dass noch **großer** Spielraum für Verbesserungen besteht, da immer noch Vorschläge vorgelegt werden, die die Auswirkungen vorgeschlagener Maßnahmen auf die Grundrechte überhaupt nicht oder nicht in angemessener Weise berücksichtigen; fordert die Kommission auf, konkrete Maßnahmen für eine verbesserte Prüfung dieser Vorschläge im Hinblick auf ihre Vereinbarkeit mit der Charta zu ergreifen;

Geänderter Text

1. begrüßt die Schritte der Kommission, mit denen gewährleistet werden soll, dass **ihre** Legislativvorschläge im Einklang mit der Charta stehen, stellt jedoch fest, dass noch Spielraum für Verbesserungen besteht, da immer noch Vorschläge vorgelegt werden, die die Auswirkungen vorgeschlagener Maßnahmen auf die Grundrechte überhaupt nicht oder nicht in angemessener Weise berücksichtigen; fordert die Kommission auf, konkrete Maßnahmen für eine verbesserte Prüfung dieser Vorschläge im Hinblick auf ihre Vereinbarkeit mit der Charta zu ergreifen;

Or. en

Änderungsantrag 61
Marie-Christine Vergiat

Entschließungsantrag
Ziffer 2

Entschließungsantrag

2. fordert die Kommission mit Nachdruck auf sicherzustellen, dass die Auswirkungen der Rechtsvorschriften der EU auf die Grundrechte und ihre Anwendung durch die Mitgliedstaaten systematisch Teil der Bewertungsberichte der Kommission über die Umsetzung der Rechtsvorschriften der EU sowie ihres Jahresberichts über die Überwachung der Anwendung des EU-Rechts werden;

Geänderter Text

2. fordert die Kommission mit Nachdruck auf sicherzustellen, dass die Auswirkungen der Rechtsvorschriften der EU auf die Grundrechte und ihre Anwendung durch die Mitgliedstaaten systematisch Teil der Bewertungsberichte der Kommission über die Umsetzung der Rechtsvorschriften der EU sowie ihres Jahresberichts über die Überwachung der Anwendung des EU-Rechts werden; ***bedauert, dass die Kommission einen noch zu restriktiven Standpunkt in diesem Bereich hat, und sie der Ansicht ist, dass die Verpflichtung zur Achtung und der Werte und Grundsätze der Charta nur dann Anwendung findet, wenn die Mitgliedstaaten Unionsrecht umsetzen, und dass „durch die Bestimmungen der Charta ...die in den Verträgen festgelegten Zuständigkeiten der Union in keiner Weise erweitert [werden]“¹.***

¹ Vgl. Artikel 51 Absatz 2 der Grundrechtecharta.

Or. fr

Änderungsantrag 62
Tatjana Zdanoka

Entschließungsantrag
Ziffer 2

Entschließungsantrag

2. fordert die Kommission mit Nachdruck auf sicherzustellen, dass die Auswirkungen der Rechtsvorschriften der EU auf die

Geänderter Text

2. fordert die Kommission mit Nachdruck auf sicherzustellen, dass die Auswirkungen der Rechtsvorschriften der EU auf die

Grundrechte und ihre Anwendung durch die Mitgliedstaaten systematisch Teil der Bewertungsberichte der Kommission über die Umsetzung der Rechtsvorschriften der EU sowie ihres Jahresberichts über die Überwachung der Anwendung des EU-Rechts werden;

Grundrechte und ihre Anwendung durch die Mitgliedstaaten systematisch Teil der Bewertungsberichte der Kommission über die Umsetzung der Rechtsvorschriften der EU sowie ihres Jahresberichts über die Überwachung der Anwendung des EU-Rechts werden; ***empfiehlt, dass die Kommission die bestehenden Leitlinien zur Folgenabschätzung überarbeitet, um Menschenrechtsfragen breiteren Raum einzuräumen, indem die Standards erweitert werden, um Menschenrechtsinstrumente der Vereinten Nationen und des Europarates einzubeziehen;***

Or. en

Änderungsantrag 63 Mitro Repo

Entschließungsantrag Ziffer 3

Entschließungsantrag

3. fordert den Rat auf, seiner Verpflichtung wirksam nachzukommen, die Vereinbarkeit sowohl seiner vorgeschlagenen Änderungen an Vorschlägen der Kommission als auch der Vorschläge, die auf seine eigene Initiative vorgelegt wurden, mit der Charta zu überprüfen;

Geänderter Text

3. fordert den Rat auf, seiner Verpflichtung wirksam nachzukommen, die Vereinbarkeit sowohl seiner vorgeschlagenen Änderungen an Vorschlägen der Kommission als auch der Vorschläge, die auf seine eigene Initiative vorgelegt wurden, mit der Charta zu überprüfen; ***erinnert daran, dass für die wirksame Umsetzung der Grundrechte die Mitgliedstaaten auch die dafür sorgen müssen, dass sie die Bestimmungen der Grundrechtecharta bei der Umsetzung des EU-Rechts in vollem Umfang anwenden;***

Or. fi

Änderungsantrag 64 Mitro Repo

**Entschließungsantrag
Ziffer 3 a (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

3a. begrüßt die von der Kommission, dem Europäischen Bürgerbeauftragten und anderen Einrichtungen ergriffenen Maßnahmen, um das Bewusstsein der Bürger in Bezug auf die Ausübung ihrer Rechte aus der Grundrechtecharta zu stärken; fordert die Kommission auf, den Bürgern weiter Informationen zur Verfügung zu stellen, und die mit diesen Informationen erzielten Ergebnisse zu bewerten;

Or. fi

**Änderungsantrag 65
Mariya Gabriel**

**Entschließungsantrag
Ziffer 4**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

4. hebt hervor, dass auch das Europäische Parlament seine eigenständige Abschätzung der Auswirkungen von Legislativvorschlägen und Änderungsanträgen, die im Zuge des Gesetzgebungsprozesses geprüft werden, auf die Grundrechte verstärken **sollte, um** sie systematischer zu gestalten;

4. hebt **die grundlegende Rolle des Europäischen Parlaments bei der Kontrolle und Überwachung der Erarbeitung und der Umsetzung der europäischen Gesetzgebung** hervor, **und besteht daher darauf**, dass auch das Europäische Parlament seine eigenständige Abschätzung der Auswirkungen von Legislativvorschlägen und Änderungsanträgen, die im Zuge des Gesetzgebungsprozesses geprüft werden, auf die Grundrechte verstärken **und** sie systematischer zu gestalten **sollte**;

Or. fr

Änderungsantrag 66
Kinga Gál

Entschließungsantrag
Ziffer 4

Entschließungsantrag

4. hebt hervor, dass auch das Europäische Parlament seine *eigenständige* Abschätzung der Auswirkungen von Legislativvorschlägen und Änderungsanträgen, die im Zuge des Gesetzgebungsprozesses geprüft werden, auf die Grundrechte verstärken sollte, um sie systematischer zu gestalten;

Geänderter Text

4. hebt hervor, dass auch das Europäische Parlament seine Abschätzung der Auswirkungen von Legislativvorschlägen und Änderungsanträgen, die im Zuge des Gesetzgebungsprozesses geprüft werden, auf die Grundrechte verstärken sollte, um sie systematischer zu gestalten;

Or. en

Änderungsantrag 67
Monika Flašíková Beňová, Tatjana Ždanoka, Renate Weber

Entschließungsantrag
Ziffer 4 a (neu)

Entschließungsantrag

4. hebt hervor, dass auch das Europäische Parlament seine *eigenständige* Abschätzung der Auswirkungen von Legislativvorschlägen und Änderungsanträgen, die im Zuge des Gesetzgebungsprozesses geprüft werden, auf die Grundrechte verstärken sollte, um sie systematischer zu gestalten;

Geänderter Text

4a. fordert die Kommission – und den Rat, wenn er Gesetzgebung initiiert – auf, bei der Erarbeitung der Folgenabschätzungen unabhängige externe Expertise, insbesondere der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte, systematisch zu nutzen;

Or. en

Änderungsantrag 68
Renate Weber, Sophia in 't Veld

Entschließungsantrag
Ziffer 4 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

4a. fordert die Kommission auf, unter anderem auf der Grundlage der Artikel 2 und 6 EUV und der Charta der Grundrechte einen Jahresbericht über die Lage der Grundrechte in der EU zu erstellen, statt sich nur auf die Umsetzung der Charta zu konzentrieren und einen minimalistischen Ansatz zu verfolgen; dieser Bericht sollte eine ausgewogenere und selbstkritischere Analyse vornehmen, um nicht nur positive Entwicklungen, sondern auch eine Analyse zu enthalten, in welchen Bereichen sie ihre Herangehensweise in de Zukunft stärken könnte; ist der Ansicht, dass ein solcher Bericht eine Analyse der Lage in den Mitgliedstaaten, auch auf der Grundlage von Einschätzungen internationaler Organisationen, nichtstaatlicher Organisationen, des Europäischen Parlaments und der Bedenken von Bürgern in Bezug auf die Verletzung von Menschenrechten, Rechtstaatlichkeit und Demokratie beinhalten sollte; erinnert daran, dass die Kommission sowohl als Hüterin der Verträge und der Charta als auch auf Grundlage der Artikel 2, 6 und 7 EUV die Pflicht hat, dementsprechend tätig zu werden;

Or. en

**Änderungsantrag 69
Kinga Göncz**

**Entschließungsantrag
Ziffer 4 a (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

4a. fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass ihr Jahresbericht über die Umsetzung der Charta eine

ausgewogenere und selbstkritischere Analyse vornimmt, um nicht nur positive Entwicklungen, sondern auch eine Analyse zu enthalten, in welchen Bereichen sie ihre Herangehensweise in de Zukunft stärken könnte;

Or. en

Änderungsantrag 70
Marie-Christine Vergiat

Entschließungsantrag
Ziffer 4 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

4a. betont, dass die Förderung und die effektive Umsetzung der Menschenrechte und Grundfreiheiten die Grundlage der Demokratie in der Europäischen Union darstellt und eine unabdingbare Voraussetzung für die Stärkung des europäischen Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts bildet, betont ferner, dass zur Achtung der Grundrechte und Grundfreiheiten Maßnahmen auf mehreren Ebenen (international, europäisch, staatlich, regional und lokal) gehören, und hebt die Rolle hervor, die die regionalen und lokalen Behörden in Zusammenarbeit mit den Menschenrechtsorganisationen dabei spielen können;

Or. fr

Änderungsantrag 71
Tatjana Ždanoka

Entschließungsantrag
Ziffer 4 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

4a. bedauert die unzureichende Zusammenarbeit zwischen Kommission und Rat mit internationalen Menschenrechtsorganisationen, nichtstaatlichen Organisationen und der Zivilgesellschaft in prälegislativen Prozessen und in Gesetzgebungsverfahren und fordert die Organe der EU auf, mit allen einschlägigen Interessenträgern eng zusammenzuarbeiten;

Or. en

Änderungsantrag 72
Monika Flašíková Beňová, Tatjana Ždanoka

Entschließungsantrag
Ziffer 4 b (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

4b. fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass ihr Jahresbericht über die Umsetzung der Charta eine ausgewogenere und selbstkritischere Analyse vornimmt, um nicht nur positive Entwicklungen, sondern auch eine Analyse zu enthalten, in welchen Bereichen sie ihre Herangehensweise in de Zukunft stärken könnte;

Or. en

Änderungsantrag 73
Marie-Christine Vergiat

Entschließungsantrag
Ziffer 4 b (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

4b. verurteilt die besorgniserregenden Tendenzen in Bezug auf die Verletzung der Grundrechte innerhalb der Europäischen Union, insbesondere die relativ neuen Entwicklungen in den Bereichen Einwanderung und Asyl, in Bezug auf Diskriminierungen und Intoleranz insbesondere gegenüber bestimmten Gruppen und Minderheiten, in den Bereichen Sicherheitspolitik und Kampf gegen den Terrorismus sowie in den Bereichen Pressefreiheit, Freizügigkeit innerhalb der Union und soziale und gewerkschaftliche Rechte;

Or. fr

**Änderungsantrag 74
Kinga Göncz**

**Entschließungsantrag
Ziffer 4 b (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

4b. fordert die Kommission und den Rat auf, dafür zu sorgen, dass im nächsten mehrjährigen Finanzrahmen für Programme, die den Grundrechten und der Nichtdiskriminierung gewidmet sind, Mittel in angemessener Höhe bereitgestellt werden;

Or. en

**Änderungsantrag 75
Tatjana Zdanoka**

**Entschließungsantrag
Ziffer 4 b (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

4b. empfiehlt, dass das Europäische

*Parlament, die Kommission und der Rat
gemeinsam und förmlich das Bestehen
positiver Verpflichtungen zum Schutz und
der Förderung von Menschenrechten als
Teil des Unionsrechts anerkennen;*

Or. en

Änderungsantrag 76

Monika Flašíková Beňová, Tatjana Ždanoka, Renate Weber

Entschließungsantrag

Ziffer 4 c (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

*4c. fordert den Rat auf, in seine
Jahresberichte über die Menschenrechte
in der Welt eine Analyse der Lage in den
Mitgliedstaaten aufzunehmen, indem
auch die Maßnahmen berücksichtigt
werden, die zur Umsetzung der Urteile des
EGMR und zur dementsprechenden
Anpassung der innerstaatlichen
Rechtssetzung und -praxis zu ergreifen
sind;*

Or. en

Änderungsantrag 77

Marie-Christine Vergiat

Entschließungsantrag

Ziffer 4 c (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

*4c. fordert die Union und die
Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, dass
sie den ständig zunehmenden Abstand
zwischen den Grundsätzen im Bereich der
Freiheiten und Grundrechte und ihrer
Umsetzung schließen, da diese Situation
die Glaubwürdigkeit der Europäischen*

*Union und ihrer Mitgliedstaaten
untergräbt;*

Or. fr

Änderungsantrag 78
Monika Flašíková Beňová, Renate Weber

Entschließungsantrag
Ziffer 4 d (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

***4d. bedauert die unzureichende
Zusammenarbeit zwischen Kommission
und Rat mit nichtstaatlichen
Organisationen und der Zivilgesellschaft
in prälegislativen Prozessen und in
Gesetzgebungsverfahren und fordert die
Organe der EU auf, mit allen
einschlägigen Interessenträgern eng
zusammenzuarbeiten;***

Or. en

Änderungsantrag 79
Monika Flašíková Beňová, Tatjana Ždanoka, Renate Weber

Entschließungsantrag
Ziffer 4 e (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

***4e. fordert die Kommission und den Rat
auf, dafür zu sorgen, dass im nächsten
mehrjährigen Finanzrahmen für die den
Grundrechten gewidmete Programme
weiterhin Mittel in angemessener Höhe
bereitgestellt werden, für nichtstaatliche
Organisationen, die auf Ebene der EU
arbeiten, um die Standpunkte der
gesellschaftlichen Gruppen wirksam zu
vertreten, deren Stimme sonst nicht auf
EU-Ebene gehört werden würde, wie***

ältere Menschen, in extremer Armut lebende Menschen, ethnische oder rassische Minderheiten; Kinder, Lesben, Schwule, Bi- und Transsexuelle oder Menschen mit Behinderungen;

Or. en

Änderungsantrag 80
Monika Flašíková Beňová, Renate Weber

Entschließungsantrag
Ziffer 4 f (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

4f. fordert die Kommission auf, die geltenden EU-Rechtsvorschriften unter Berücksichtigung der Rechte der EU-Charta zu überprüfen, wobei die möglichen Spannungen zwischen den wirtschaftlichen Freiheiten und den Grundrechten bereits auf gesetzgeberischer Ebene bedacht werden sollten und nicht erst durch die Gerichte der EU;

Or. en

Änderungsantrag 81
Monika Flašíková Beňová, Renate Weber

Entschließungsantrag
Ziffer 4 g (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

4g. bedauert die Apathie der Kommission bei der Überprüfung des Bereichs der früheren dritten Säule (polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen) unter Berücksichtigung der Charta; erinnert an seine Empfehlung zum Stockholmer Programm, die eine in

sich schlüssige Revision dieser Gesetzgebung gefordert hat und erinnert die Kommission daran, dass am 1. Dezember 2014 diese gesamte Gesetzgebung, die in einem völlig anderem Verfassungsrahmen angenommen wurde, als solche in der EU Anwendung finden wird und die Rechte des Einzelnen im Bereich der Rechtsetzungsbefugnis der Europäischen Union unangemessen beeinträchtigen wird;

Or. en

Änderungsantrag 82
Kinga Gál

Entschließungsantrag
Ziffer 5

Entschließungsantrag

Geänderter Text

5. bedauert

entfällt

– den Mangel an Transparenz im Dialog zwischen der Kommission und den Mitgliedstaaten, wenn die Grundrechte oder die Interessen der europäischen Bürger auf dem Spiel stehen; ist der Auffassung, dass ein solcher Mangel an Transparenz im Hinblick auf die Umsetzung des EU-Rechts sich extrem negativ auf die anderen EU-Staaten, die EU-Bürger und andere Institutionen auswirken könnte, insbesondere wenn es um die sozialen und wirtschaftlichen Rechte der Bürger geht;

– den Mangel an Transparenz in den EU-Agenturen, durch den es sich als schwer erweist, festzustellen, ob ihre Arbeit die Grundsätze der Transparenz, der verantwortungsvollen Verwaltung, des Datenschutzes und der Nichtdiskriminierung sowie der Notwendigkeit und der

Verhältnismäßigkeit erfüllt;

Or. en

Änderungsantrag 83
Marie-Christine Vergiat

Entschließungsantrag
Ziffer 5 – Spiegelstrich 1

Entschließungsantrag

– den Mangel an Transparenz im Dialog zwischen der Kommission und den Mitgliedstaaten, wenn die Grundrechte oder die Interessen der europäischen Bürger auf dem Spiel stehen; ist der Auffassung, dass ein solcher Mangel an Transparenz im Hinblick auf die Umsetzung des EU-Rechts sich extrem negativ auf die anderen EU-Staaten, die EU-Bürger und andere Institutionen auswirken könnte, insbesondere wenn es um die sozialen und wirtschaftlichen Rechte der Bürger geht;

Geänderter Text

– den Mangel an Transparenz im Dialog zwischen der Kommission und den Mitgliedstaaten, wenn die Grundrechte oder die Interessen der europäischen Bürger auf dem Spiel stehen; ist der Auffassung, dass ein solcher Mangel an Transparenz im Hinblick auf die Umsetzung des EU-Rechts sich extrem negativ auf die anderen EU-Staaten, die EU-Bürger und andere Institutionen auswirken könnte, insbesondere wenn es um die sozialen, wirtschaftlichen **und kulturellen** Rechte der Bürger geht;

Or. fr

Änderungsantrag 84
Monika Flašíková Beňová, Renate Weber

Entschließungsantrag
Ziffer 5 – Spiegelstrich 1

Entschließungsantrag

– den Mangel an Transparenz im Dialog zwischen der Kommission und den Mitgliedstaaten, wenn die Grundrechte oder die Interessen der europäischen Bürger auf dem Spiel stehen; ist der Auffassung, dass ein solcher Mangel an Transparenz im Hinblick auf die Umsetzung des EU-Rechts sich extrem

Geänderter Text

– den Mangel an Transparenz im Dialog zwischen der Kommission und den Mitgliedstaaten, wenn die Grundrechte oder die Interessen der europäischen Bürger auf dem Spiel stehen; ist der Auffassung, dass ein solcher Mangel an Transparenz im Hinblick auf die Umsetzung des EU-Rechts gegen die

negativ auf die anderen EU-Staaten, die EU-Bürger und andere Institutionen auswirken könnte, insbesondere wenn es um die sozialen und wirtschaftlichen Rechte der Bürger geht;

Regeln der EU zur Transparenz und den Grundsatz der Rechtssicherheit verstößt, sich extrem negativ auf die anderen EU-Staaten, die EU-Bürger und andere Institutionen auswirken könnte, insbesondere wenn es um die sozialen und wirtschaftlichen Rechte der Bürger geht; ***begrüßt die von der Kommission angekündigten Initiativen, die die Transparenz der Tätigkeiten oder Untätigkeiten der Mitgliedstaaten im Rahmen der Verwirklichung des Binnenmarkts verbessern soll und ist der Ansicht, dass die für die Finanzpolitik angekündigte Transparenz noch weiter verbessert werden sollte, wenn es um Grundrechte geht;***

Or. en

Änderungsantrag 85
Monika Flašíková Beňová, Renate Weber

Entschließungsantrag
Ziffer 5 – Spiegelstrich 2

Entschließungsantrag

– den Mangel an Transparenz in den EU-Agenturen, durch den es sich als schwer erweist, festzustellen, ob ihre Arbeit die Grundsätze der Transparenz, der verantwortungsvollen Verwaltung, des Datenschutzes und der Nichtdiskriminierung sowie der Notwendigkeit und der Verhältnismäßigkeit erfüllt;

Geänderter Text

– den Mangel an Transparenz in den EU-Agenturen, durch den es sich als schwer erweist, festzustellen, ob ihre Arbeit die Grundsätze der Transparenz, der verantwortungsvollen Verwaltung, des Datenschutzes und der Nichtdiskriminierung sowie der Notwendigkeit und der Verhältnismäßigkeit erfüllt; ***bedauert das weiter anhaltende Desinteresse der Kommission an einem rechtlichen Rahmen, der eine offene, unabhängige und effiziente Verwaltung garantiert, wie sie in Artikel 41 der Charta und in Artikel 298 AEUV vorgesehen ist;***

Or. en

Änderungsantrag 86
Anna Záborská

Entschließungsantrag
Ziffer 5 – Spiegelstrich 2

Entschließungsantrag

– den Mangel an Transparenz in den EU-Agenturen, durch den es sich als schwer erweist, festzustellen, ob ihre Arbeit die Grundsätze der Transparenz, der verantwortungsvollen Verwaltung, des Datenschutzes und der Nichtdiskriminierung sowie der Notwendigkeit und der Verhältnismäßigkeit erfüllt;

Geänderter Text

– den Mangel an Transparenz in den EU-Agenturen, **d. h. in der Agentur für Grundrechte¹**, durch den es sich als schwer erweist, festzustellen, ob ihre Arbeit die Grundsätze der Transparenz, der **Objektivität, der tatsächlichen Unparteilichkeit, der** verantwortungsvollen Verwaltung, des Datenschutzes und der Nichtdiskriminierung sowie der Notwendigkeit und der Verhältnismäßigkeit erfüllt;

¹ A7-0344/2010, P7_TA(2010)0483, Ziffer 31.

Or. en

Änderungsantrag 87
Marie-Christine Vergiat

Entschließungsantrag
Ziffer 5 – Spiegelstrich 2

Entschließungsantrag

– den Mangel an Transparenz in den EU-Agenturen, durch den es sich als schwer erweist, festzustellen, ob ihre Arbeit die Grundsätze der Transparenz, der verantwortungsvollen Verwaltung, des **Datenschutzes und der Nichtdiskriminierung** sowie der **Notwendigkeit** und der Verhältnismäßigkeit erfüllt;

Geänderter Text

– den Mangel an Transparenz in den EU-Agenturen, durch den es sich als schwer erweist, festzustellen, ob ihre Arbeit die Grundsätze der Transparenz, der verantwortungsvollen Verwaltung, des **Schutzes der personenbezogenen Daten und des Kampfes gegen Diskriminierung** sowie der **Erforderlichkeit** und der Verhältnismäßigkeit erfüllt;

Änderungsantrag 88
Valdemar Tomaševski

Entschließungsantrag
Ziffer 5 – Spiegelstrich 2

Entschließungsantrag

– den Mangel an Transparenz in den EU-Agenturen, durch den es sich als schwer erweist, festzustellen, ob ihre Arbeit die Grundsätze der Transparenz, der verantwortungsvollen Verwaltung, des Datenschutzes und der Nichtdiskriminierung sowie der Notwendigkeit und der Verhältnismäßigkeit erfüllt;

Geänderter Text

– den Mangel an Transparenz in den EU-Agenturen, durch den es sich als schwer erweist, festzustellen, ob ihre Arbeit die Grundsätze der Transparenz, der verantwortungsvollen Verwaltung, des Datenschutzes und der Nichtdiskriminierung – ***etwa von nationalen, ethnischen und sprachlichen Minderheiten*** –, sowie der Notwendigkeit und der Verhältnismäßigkeit erfüllt;

Or. pl

Änderungsantrag 89
Lorenzo Fontana

Entschließungsantrag
Ziffer 5 – Spiegelstrich 2

Entschließungsantrag

– den Mangel an Transparenz in den EU-Agenturen, durch den es sich als schwer erweist, festzustellen, ob ihre Arbeit die Grundsätze der Transparenz, der verantwortungsvollen Verwaltung, des Datenschutzes und der Nichtdiskriminierung sowie der Notwendigkeit und der Verhältnismäßigkeit erfüllt;

Geänderter Text

– den Mangel an Transparenz in den EU-Agenturen ***und insbesondere in der Agentur für Grundrechte***, durch den es sich als schwer erweist, festzustellen, ob ihre Arbeit die Grundsätze der Transparenz, der verantwortungsvollen Verwaltung, des Datenschutzes und der Nichtdiskriminierung sowie der Notwendigkeit und der Verhältnismäßigkeit erfüllt;

Or. en

Änderungsantrag 90
Renate Weber, Sophia in 't Veld

Entschließungsantrag
Ziffer 5 – Spiegelstrich 2 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

– den Mangel an Transparenz und Offenheit wie auch an angemessener Achtung, Schutz und Förderung der Grundrechte und der demokratischen und parlamentarischen Kontrolle in internationalen Verhandlungen, die dazu geführt hat, dass das Europäische Parlament internationale Übereinkommen abgelehnt hat, wie unter anderem ACTA, was die Organe der EU und die Mitgliedstaaten dazu bringen sollte, ihre gegenwärtige Praxis zu ändern und die Bürgerrechte zu achten;

Or. en

Änderungsantrag 91
Monika Flašíková Beňová, Renate Weber

Entschließungsantrag
Ziffer 5 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

5a. schlägt vor ständige Informationsaustausch-Kanäle zu den Grundrechten in der EU zwischen den entsprechenden Einrichtungen und innerhalb der EU-Organe sowie den EU-Agenturen zu gewährleisten und jährlich ein interinstitutionelles Forum abzuhalten, um die Bewertung der Lage der Grundrechte in der EU zu diskutieren; ist der Ansicht, dass ein solches Forum ein vorbereitender Schritt einer jährlichen Debatte des

Europäischen Parlaments zu den Grundrechten und der Entwicklung des europäischen Raums der Sicherheit, der Freiheit und des Rechts sein sollte; ist der Ansicht, dass ein solches interinstitutionelles Forum Vertreter der Kommission, der Arbeitsgruppe des Rates für Grundrechte, Bürgerrechte und Freizügigkeit, des Ausschusses des Europäischen Parlaments für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE), des Petitionsausschusses (PETI), des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten, des Ausschusses für regionale Entwicklung sowie Vertreter des Europäischen Bürgerbeauftragten, der Agentur für Grundrechte, von EUROFOUND und des Europäischen Datenschutzbeauftragten versammeln sollte;

Or. en

Änderungsantrag 92
Tatjana Ždanoka

Entschließungsantrag
Ziffer 5 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

5a. schlägt vor ständige Informationsaustausch-Kanäle zu den Grundrechten in der EU zwischen den entsprechenden Einrichtungen und innerhalb der EU-Organe sowie den EU-Agenturen zu gewährleisten und jährlich ein interinstitutionelles Forum abzuhalten, um die Bewertung der Lage der Grundrechte in der EU zu diskutieren; ist der Ansicht, dass ein solches Forum ein vorbereitender Schritt einer jährlichen Debatte des Europäischen Parlaments zu den Grundrechten und der Entwicklung des europäischen Raums der Sicherheit, der

Freiheit und des Rechts sein sollte; ist der Ansicht, dass ein solches interinstitutionelles Forum Vertreter der Kommission, der Arbeitsgruppe des Rates für Grundrechte, Bürgerrechte und Freizügigkeit, des Ausschusses des Europäischen Parlaments für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE), des Petitionsausschusses (PETI), des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten (EMPL), des Ausschusses für regionale Entwicklung (REGI), des Ausschusses für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter (FEMM), des Unterausschusses Menschenrechte (DROI), sowie Vertreter des Europäischen Bürgerbeauftragten, der Agentur für Grundrechte, von EUROFOUND und des Europäischen Datenschutzbeauftragten versammeln sollte;

Or. en

Änderungsantrag 93
Kinga Gál

Entschließungsantrag
Ziffer 5 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

5a. schlägt im Dialog zwischen der Kommission mit den Mitgliedstaaten, wie auch in der Arbeit der EU-Agenturen mehr Transparenz vor, wenn die Grundrechte oder die Interessen der europäischen Bürger auf dem Spiel stehen;

Or. en

Änderungsantrag 94

Renate Weber, Sophia in 't Veld

**Entschließungsantrag
Ziffer 5 a (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

5a. fordert die Schaffung eines „Europäischen Politikzyklus der Grundrechte“, der auf mehrjähriger und jährlicher Basis die zu erreichenden Ziele und die zu lösenden Probleme detailliert darstellt; dieser Zyklus sollte einen Rahmen für die Organe, die Grundrechteagentur und die Mitgliedstaaten vorsehen, in dem sie unter Vermeidung von Überschneidungen zusammenarbeiten, in dem sie auf die Berichte der anderen aufbauend gemeinsame Maßnahmen ergreifen und mit nichtstaatlichen Organisationen, Bürgern, einzelstaatlichen Parlamenten usw. gemeinsame Veranstaltungen organisieren;

Or. en

**Änderungsantrag 95
Kinga Göncz**

**Entschließungsantrag
Ziffer 5 a (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

5a. fordert die einzelstaatlichen Parlamente nachdrücklich auf, ihre Rolle bei der Kontrolle der Einhaltung der Menschenrechte in Bezug auf Tätigkeiten der EU und auf die einzelstaatliche Umsetzung des Unionsrechts zu stärken; fordert sie auf, regelmäßige Sitzungen zu veranstalten, die sich mit den zu entwickelnden Strategien zur Durchsetzung der Charta und der Rechtsprechung der Gerichte der EU

befassen;

Or. en

Änderungsantrag 96

Monika Flašíková Beňová, Tatjana Ždanoka, Renate Weber

Entschließungsantrag

Ziffer 5 b (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

5b. fordert die einzelstaatlichen Parlamente nachdrücklich auf, ihre Rolle bei der Kontrolle der Einhaltung der Menschenrechte in Bezug auf Tätigkeiten der EU und auf die einzelstaatliche Umsetzung des Unionsrechts zu stärken; fordert sie auf, regelmäßige Sitzungen zu veranstalten, die sich mit den zu entwickelnden Strategien zur Durchsetzung der Charta und der Rechtsprechung der Gerichte der EU befassen;

Or. en

Änderungsantrag 97

Kinga Gál

Entschließungsantrag

Ziffer 6

Entschließungsantrag

Geänderter Text

6. bedauert die nicht hinnehmbaren Verzögerungen und Blockierungen des Beitritts der EU zur EMRK, die hauptsächlich auf einzelne Mitgliedstaaten zurückzuführen sind, und fordert die Kommission auf, das Verfahren abzuschließen;

entfällt

Or. en

Änderungsantrag 98
Renate Weber, Sophia in 't Veld

Entschließungsantrag
Ziffer 6

Entschließungsantrag

6. bedauert die nicht hinnehmbaren Verzögerungen und Blockierungen des Beitritts der EU zur EMRK, die hauptsächlich auf *einzelne Mitgliedstaaten* zurückzuführen *sind*, und fordert die Kommission auf, das Verfahren abzuschließen;

Geänderter Text

6. bedauert die nicht hinnehmbaren Verzögerungen und Blockierungen des Beitritts der EU zur EMRK, die hauptsächlich auf *den Widerstand des Vereinigten Königreichs* zurückzuführen *ist*, und fordert die Kommission auf, *den betroffenen Mitgliedstaat an die Pflicht zur loyalen Zusammenarbeit in internationalen Verhandlungen zu erinnern, und* das Verfahren abzuschließen; *fordert den Rat folglich auf, die Bedingungen des Artikels 265 AEUV zu erfüllen, so dass das Verfahren des Beitritts der EU zur EMRK wenigstens rechtzeitig zum Ende dieser Wahlperiode abgeschlossen werden kann;*

Or. en

Änderungsantrag 99
Monika Flašíková Beňová

Entschließungsantrag
Ziffer 6

Entschließungsantrag

6. bedauert die nicht hinnehmbaren Verzögerungen und Blockierungen des Beitritts der EU zur EMRK, die hauptsächlich auf einzelne Mitgliedstaaten zurückzuführen sind, und fordert die Kommission auf, das Verfahren abzuschließen;

Geänderter Text

6. bedauert die nicht hinnehmbaren Verzögerungen und Blockierungen des Beitritts der EU zur EMRK, die hauptsächlich auf einzelne Mitgliedstaaten zurückzuführen sind, und fordert die Kommission auf, *die betroffenen Mitgliedstaaten an die Pflicht zur loyalen Zusammenarbeit in internationalen Verhandlungen zu erinnern, und* das

Verfahren *wenigstens rechtzeitig zum Ende dieser Wahlperiode* abzuschließen;

Or. en

Änderungsantrag 100
Marie-Christine Vergiat

Entschließungsantrag
Ziffer 6

Entschließungsantrag

6. *bedauert* die nicht hinnehmbaren Verzögerungen und Blockierungen des Beitritts der EU zur EMRK, die hauptsächlich auf einzelne Mitgliedstaaten zurückzuführen sind, und fordert die Kommission auf, das Verfahren abzuschließen;

Geänderter Text

6. *verurteilt* die nicht hinnehmbaren Verzögerungen und Blockierungen des Beitritts der EU zur **Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten** (EMRK), die hauptsächlich auf einzelne Mitgliedstaaten zurückzuführen sind, und fordert die Kommission auf, das Verfahren *so schnell wie möglich* abzuschließen, *fordert ferner die Mitgliedstaaten auf, die Verfahren zur Ratifizierung des Beitritts zur EMRK so schnell wie möglich einzuleiten*;

Or. fr

Änderungsantrag 101
Philip Claeys

Entschließungsantrag
Ziffer 6

Entschließungsantrag

6. *bedauert* die **nicht hinnehmbaren** Verzögerungen und Blockierungen des Beitritts der EU zur EMRK, die hauptsächlich auf einzelne Mitgliedstaaten zurückzuführen sind, und fordert die Kommission auf, das Verfahren abzuschließen;

Geänderter Text

6. *nimmt* die Verzögerungen und Blockierungen des Beitritts der EU zur EMRK **zur Kenntnis**, die hauptsächlich **auf rechtliche Bedenken des Europäischen Gerichtshofs in Luxemburg** sowie auf einzelne Mitgliedstaaten zurückzuführen sind, und fordert die

Kommission auf, *geeignete Garantien vorzusehen, um diese Bedenken aus dem Weg zu räumen und erst danach* das Verfahren abzuschließen;

Or. nl

Änderungsantrag 102
Edit Bauer

Entschließungsantrag
Ziffer 6

Entschließungsantrag

6. bedauert die *nicht hinnehmbaren* Verzögerungen und Blockierungen des Beitritts der EU zur EMRK, die hauptsächlich auf einzelne Mitgliedstaaten zurückzuführen sind, und fordert die Kommission auf, das Verfahren abzuschließen;

Geänderter Text

6. bedauert die Verzögerungen und Blockierungen des Beitritts der EU zur EMRK, die hauptsächlich auf einzelne Mitgliedstaaten zurückzuführen sind, und fordert die Kommission auf, das Verfahren abzuschließen;

Or. en

Änderungsantrag 103
Monika Flašíková Beňová

Entschließungsantrag
Ziffer 6 a (neu)

Entschließungsantrag

6a. ist der Ansicht, dass selbst vor dem Abschluss der Verhandlungen über den Beitritt der EU zur EMRK die EU und ihre Mitgliedstaaten die Umsetzung der Rechtsprechung des EGMR durch die Mitgliedstaaten als Angelegenheit von gemeinsamem Interesse in Betracht ziehen sollten;

Geänderter Text

Or. en

Änderungsantrag 104
Kinga Gál

Entschließungsantrag
Ziffer 6 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

6a. schlägt vor, dass die Kommission trotz der Blockaden das Verfahren über den Beitritt der EU zur EMRK so bald wie möglich abschließen sollte, da dies einen zusätzlichen Mechanismus zur Stärkung der Menschenrechte ihrer Bürger darstellt;

Or. en

Änderungsantrag 105
Renate Weber, Sophia in 't Veld

Entschließungsantrag
Ziffer 6 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

6a. ist der Ansicht, dass die Kommission und der Rat einen Mechanismus schaffen sollten, der gewährleistet, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten die Rechtsprechung des EGMR achten, durchsetzen und umsetzen, da dies eine Angelegenheit von gemeinsamem Interesse und eine Verpflichtung in Bezug auf die Achtung der Grundrechte in der EU darstellt;

Or. en

Änderungsantrag 106
Marie-Christine Vergiat

**Entschließungsantrag
Ziffer 6 a (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

6a. ist tief besorgt darüber, dass bestimmte Mitgliedstaaten Einrichtungen und Instrumente des Menschenrechtsschutzes oder ihre Vertreter attackiert und in Frage gestellt und ihre Partner darauf nur wenig reagiert haben erinnert alle Mitgliedstaaten daran, ihren Verpflichtungen im Bereich der Achtung der Freiheiten und Grundrechte Rechnung zu tragen;

Or. fr

**Änderungsantrag 107
Kinga Göncz**

**Entschließungsantrag
Ziffer 6 a (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

6a. stellt fest, dass die Teilnahme an internationalen Verträgen zum Schutz und die Förderung der Menschenrechte nur der Stärkung des Schutzes der Grundrechte in der EU dienen kann, und begrüßt, dass die EU dem Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen beigetreten ist und der EMRK beitreten wird; fordert den Rat und die Kommission auf, Schritte zu ergreifen, um anderen internationalen Menschenrechtsverträgen beizutreten, wie etwa dem Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes;

Or. en

Änderungsantrag 108
Tatjana Zdanoka

Entschließungsantrag
Ziffer 6 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

6a. stellt fest, dass die Teilnahme an internationalen Verträgen zum Schutz und die Förderung der Menschenrechte nur der Stärkung des Schutzes der Grundrechte in der EU dienen kann, und begrüßt, dass die EU dem Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen beigetreten ist und der EMRK beitreten wird; fordert den Rat und die Kommission auf, Schritte zu ergreifen, um anderen internationalen Menschenrechtsverträgen beizutreten;

Or. en

Änderungsantrag 109
Monika Flašíková Beňová, Renate Weber

Entschließungsantrag
Ziffer 6 b (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

6b. stellt fest, dass die Teilnahme an internationalen Verträgen zum Schutz und die Förderung der Menschenrechte nur der Stärkung des Schutzes der Grundrechte in der EU dienen kann, und begrüßt, dass die EU dem Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen beigetreten ist und der EMRK beitreten wird; fordert den Rat und die Kommission auf, Schritte zu ergreifen, um anderen internationalen Menschenrechtsverträgen beizutreten, wie etwa dem Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes;

Änderungsantrag 110
Mario Borghezio

Entschließungsantrag
Ziffer 7

Entschließungsantrag

Geänderter Text

7. weist auf die Verpflichtung der Kommission hin, denjenigen Vertragsverletzungsverfahren Vorrang einzuräumen, in denen Probleme grundsätzlicher Natur behandelt werden oder die besonders weit reichende negative Auswirkungen auf die Bürger haben¹;

entfällt

¹ COM(2010)573 endg.

Änderungsantrag 111
Mario Borghezio

Entschließungsantrag
Ziffer 8

Entschließungsantrag

Geänderter Text

8. bedauert die verhaltene Reaktion der Kommission auf einzelne Verletzungen der Grundrechte in Mitgliedstaaten und fordert die Kommission auf sicherzustellen, dass Vertragsverletzungsverfahren den wirksamen Schutz der Menschenrechte sichern, anstatt auf verhandlungsbasierte Lösungen mit den Mitgliedstaaten abzielen;

entfällt

Änderungsantrag 112
Kinga Gál

Entschließungsantrag
Ziffer 8

Entschließungsantrag

Geänderter Text

8. bedauert die verhaltene Reaktion der Kommission auf einzelne Verletzungen der Grundrechte in Mitgliedstaaten und fordert die Kommission auf sicherzustellen, dass Vertragsverletzungsverfahren den wirksamen Schutz der Menschenrechte sichern, anstatt auf verhandlungsbasierte Lösungen mit den Mitgliedstaaten abzielen;

entfällt

Or. en

Änderungsantrag 113
Philip Claeys

Entschließungsantrag
Ziffer 8

Entschließungsantrag

Geänderter Text

8. bedauert die verhaltene Reaktion der Kommission auf einzelne Verletzungen der Grundrechte in Mitgliedstaaten und fordert die Kommission auf sicherzustellen, dass Vertragsverletzungsverfahren den wirksamen Schutz der Menschenrechte sichern, anstatt auf verhandlungsbasierte Lösungen mit den Mitgliedstaaten abzielen;

8. bedauert die verhaltene Reaktion der Kommission auf einzelne Verletzungen der Grundrechte in Mitgliedstaaten und fordert die Kommission auf sicherzustellen, dass Vertragsverletzungsverfahren den wirksamen Schutz der Menschenrechte sichern, anstatt auf verhandlungsbasierte Lösungen mit den Mitgliedstaaten abzielen; **weist gleichzeitig mit Nachdruck darauf hin, dass nicht jeder Konflikt in einem Mitgliedstaat, der zur Polarisierung geführt hat, mit der Begründung, es handle sich um eine „Verletzung der Menschenrechte“ auf eine europäische Ebene gehoben werden darf; fordert die Kommission auf, sowohl in Bezug auf die Beschaffung von**

*Informationen als auch in Bezug auf
Tempo und Inhalt der Kommunikation so
neutral und objektiv wie möglich zu
bleiben;*

Or. nl

Änderungsantrag 114
Monika Flašíková Beňová, Renate Weber

Entschließungsantrag
Ziffer 8

Entschließungsantrag

8. bedauert die verhaltene Reaktion der Kommission auf einzelne Verletzungen der Grundrechte in Mitgliedstaaten und fordert die Kommission auf sicherzustellen, dass Vertragsverletzungsverfahren den wirksamen Schutz der Menschenrechte sichern, anstatt auf verhandlungsbasierte Lösungen mit den Mitgliedstaaten abzielen;

Geänderter Text

8. bedauert die verhaltene Reaktion der Kommission auf einzelne Verletzungen der Grundrechte in Mitgliedstaaten und fordert die Kommission auf sicherzustellen, dass Vertragsverletzungsverfahren den wirksamen Schutz der Menschenrechte sichern, anstatt auf verhandlungsbasierte Lösungen mit den Mitgliedstaaten ***nach Änderung des einzelstaatlichen Rechts, ungeachtet der möglichen fortgesetzten de-facto-Rechtsverletzungen*** abzielen;

Or. en

Änderungsantrag 115
Kinga Göncz

Entschließungsantrag
Ziffer 8

Entschließungsantrag

8. bedauert die verhaltene Reaktion der Kommission auf einzelne Verletzungen der Grundrechte in Mitgliedstaaten und fordert die Kommission auf sicherzustellen, dass Vertragsverletzungsverfahren den wirksamen Schutz der Menschenrechte sichern, anstatt auf verhandlungsbasierte

Geänderter Text

8. bedauert die verhaltene Reaktion der Kommission auf einzelne Verletzungen der Grundrechte ***und der Schwächung der demokratischen Gewaltenteilung und der Rechtsstaatlichkeit*** in Mitgliedstaaten und fordert die Kommission auf sicherzustellen, dass

Lösungen mit den Mitgliedstaaten abzielen;

Vertragsverletzungsverfahren den wirksamen Schutz der Menschenrechte sichern, anstatt auf verhandlungsbasierte Lösungen mit den Mitgliedstaaten abzielen;

Or. en

Änderungsantrag 116

Monika Flašíková Beňová, Tatjana Ždanoka, Renate Weber

Entschließungsantrag

Ziffer 8 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

8a. vertritt die Auffassung, dass auch Mitgliedstaaten, um die Glaubwürdigkeit der Beitrittsbedingungen aufrechtzuerhalten, hinsichtlich ihrer fortlaufenden Übereinstimmung mit den grundlegenden Werten der EU und ihrer Erfüllung der Verpflichtungen in Bezug auf funktionierende demokratische Institutionen und Rechtsstaatlichkeit regelmäßig bewertet werden sollten;

Or. en

Änderungsantrag 117

Kinga Göncz

Entschließungsantrag

Ziffer 8 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

8a. vertritt die Auffassung, dass auch Mitgliedstaaten, um die Glaubwürdigkeit der Beitrittsbedingungen aufrechtzuerhalten, hinsichtlich ihrer fortlaufenden Übereinstimmung mit den grundlegenden Werten der EU und ihrer Erfüllung der Verpflichtungen in Bezug

auf funktionierende demokratische Institutionen und Rechtsstaatlichkeit regelmäßig bewertet werden sollten;

Or. en

Änderungsantrag 118
Kinga Gál

Entschließungsantrag
Ziffer 8 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

8a. fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass Vertragsverletzungsverfahren den effektiven Schutz der Grundrechte sichern, und daher objektive Untersuchungen und Vertragsverletzungsverfahren einzuleiten, wenn diese gut begründet sind, so dass doppelte Standards vermieden werden, wann immer ein Mitgliedstaat bei der Anwendung von EU-Recht die in der Charta verankerten Rechte verletzt;

Or. en

Änderungsantrag 119
Mario Borghezio

Entschließungsantrag
Ziffer 9

Entschließungsantrag

Geänderter Text

9. fordert die Kommission daher auf, nach Maßgabe von Artikel 7 EUV und Artikel 258 AEUV einen ausführlichen Vorschlag für einen Überwachungsmechanismus und ein Frühwarnsystem auszuarbeiten;

entfällt

Änderungsantrag 120
Anna Záborská

Entschließungsantrag
Ziffer 9

Entschließungsantrag

Geänderter Text

9. fordert die Kommission daher auf, nach Maßgabe von Artikel 7 EUV und Artikel 258 AEUV einen ausführlichen Vorschlag für einen Überwachungsmechanismus und ein Frühwarnsystem auszuarbeiten;

entfällt

Or. en

Änderungsantrag 121
Lorenzo Fontana

Entschließungsantrag
Ziffer 9

Entschließungsantrag

Geänderter Text

9. fordert die Kommission daher auf, nach Maßgabe von Artikel 7 EUV und Artikel 258 AEUV einen ausführlichen Vorschlag für einen Überwachungsmechanismus und ein Frühwarnsystem auszuarbeiten;

entfällt

Or. en

Änderungsantrag 122
Renate Weber, Sophia in 't Veld

Entschließungsantrag
Ziffer 9

Entschließungsantrag

9. fordert die Kommission daher auf, nach Maßgabe von Artikel 7 EUV und Artikel 258 AEUV einen **ausführlichen** Vorschlag für einen Überwachungsmechanismus und ein Frühwarnsystem **auszuarbeiten**;

Geänderter Text

9. fordert die Kommission daher auf, **ihre Mitteilung (COM(2003)606) von 2003 zu aktualisieren und vor Ende 2012** nach Maßgabe von Artikel 2, 6 und 7 EUV und Artikel 258 AEUV einen **klaren** Vorschlag für einen Überwachungsmechanismus und ein Frühwarnsystem **sowie ein „Einfrierungsverfahren“ vorzulegen, so dass dafür gesorgt wird, dass auf Antrag der EU-Organe Mitgliedstaaten die Annahme von Gesetzen aussetzen, die mutmaßlich den Grundrechten oder der Rechtsordnung der EU widersprechen, wobei insbesondere die einzelstaatlichen Grundrechtseinrichtungen, die nach den Grundsätzen von Paris geschaffen wurden, einbezogen werden**;

Or. en

Änderungsantrag 123
Monika Flašíková Beňová

Entschließungsantrag
Ziffer 9

Entschließungsantrag

9. fordert die Kommission daher auf, nach Maßgabe von Artikel 7 EUV und Artikel 258 AEUV einen **ausführlichen** Vorschlag für einen Überwachungsmechanismus und ein Frühwarnsystem auszuarbeiten;

Geänderter Text

9. fordert die Kommission daher auf, **ihre Mitteilung (COM(2003)606) von 2003 zu aktualisieren und vor Ende 2012** nach Maßgabe von Artikel 7 EUV und Artikel 258 AEUV einen **klaren** Vorschlag für einen Überwachungsmechanismus und ein Frühwarnsystem auszuarbeiten, **wobei insbesondere die einzelstaatlichen Grundrechtseinrichtungen, die nach den Grundsätzen von Paris geschaffen wurden, einbezogen werden**;

Or. en

Änderungsantrag 124
Marie-Christine Vergiat

Entschließungsantrag
Ziffer 9

Entschließungsantrag

9. fordert die Kommission daher auf, nach Maßgabe von Artikel 7 EUV und Artikel 258 AEUV einen ausführlichen Vorschlag für einen Überwachungsmechanismus und ein Frühwarnsystem auszuarbeiten;

Geänderter Text

9. fordert die Kommission daher auf, nach Maßgabe von Artikel 7 EUV und Artikel 258 AEUV einen ausführlichen Vorschlag für einen Überwachungsmechanismus und ein Frühwarnsystem auszuarbeiten; **fordert die Kommission auf, eine detaillierte Bilanz der Vertragsverletzungsverfahren auf der Grundlage der neuen Bestimmungen des Vertrags von Lissabon, insbesondere im Bereich der Verletzung der Grundrechte, zu erstellen, und dem Europäischen Parlament und dem Rat darüber Bericht zu erstatten; fordert die Kommission auf, in diesen Bericht eine Untersuchung der wirksamen Kontrolle der Achtung der Grundrechte, auch bei der Erarbeitung von Legislativvorschlägen, aufzunehmen;**

Or. fr

Änderungsantrag 125
Monika Flašíková Beňová, Tatjana Ždanoka, Renate Weber

Entschließungsantrag
Ziffer 9 a (neu)

Entschließungsantrag

9a. bekräftigt, dass es weiterhin seine Befugnisse nutzen wird, um als Kämpfer für die Menschenrechte zu handeln, insbesondere dafür zu sorgen, dass die Handlungen der EU die Menschenrechte achten, schützen, fördern und erfüllen;

Geänderter Text

Or. en

Änderungsantrag 126
Marie-Christine Vergiat

Entschließungsantrag
Ziffer 9 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

9a. ist wegen der immer repressiveren Orientierung der justiziellen und polizeilichen Zusammenarbeit tief besorgt, die durch immer zahlreichere Angriffe auf die individuellen Freiheiten im Rahmen der verschiedenen Politikbereiche gekennzeichnet ist, die sich nicht auf den Kampf gegen den Terrorismus beschränken; verurteilt die kürzlich im Bereich der vorübergehenden Wiedereinführung von Kontrollen an den Binnengrenzen der Union ergriffenen Maßnahmen, und drückt seine Besorgnis darüber aus, dass das Recht auf Freizügigkeit immer häufiger von der Bereitstellung personenbezogener Daten oder von der elektronischen Überwachung öffentlicher Orte abhängig ist;

Or. fr

Änderungsantrag 127
Mariya Gabriel

Entschließungsantrag
Ziffer 9 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

9a. fordert die Kommission auf, einen detaillierten Aktions- und Arbeitsplan zu den Auswirkungen der Ernennung eines Sonderbeauftragten der Europäischen Union für Menschenrechte bei der Analyse der Menschenrechtsslage in der

Union und seine Rolle bei der Kontrolle der Umsetzung des EU-Rechts durch die Mitgliedstaaten und die Anwendung internationaler Übereinkommen und Verträge vorzulegen;

Or. fr

Änderungsantrag 128
Kinga Göncz

Entschließungsantrag
Ziffer 9 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

9a. betont, dass die Aufgabe der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte erweitert werden sollte, so dass sie auch die regelmäßige Überwachung der Beachtung des Artikels 2 EUV durch die Mitgliedstaaten, die Veröffentlichung von Jahresberichten zu den Ergebnissen und deren Vorstellung im Europäischen Parlament umfasst;

Or. en

Änderungsantrag 129
Monika Flašíková Beňová, Tatjana Ždanoka, Renate Weber

Entschließungsantrag
Ziffer 9 b (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

9b. fordert die Überarbeitung der Verfahrensregeln des EuGH und des Gerichts, um die Beteiligung Dritter, insbesondere nichtstaatlicher Menschenrechtsorganisationen, zu erleichtern;

Or. en

Änderungsantrag 130
Kinga Göncz

Entschließungsantrag
Ziffer 9 b (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

9b. fordert eine engere Zusammenarbeit zwischen den Organen der Union und anderen internationalen Einrichtungen, insbesondere mit dem Europarat und seiner Europäischen Kommission für Demokratie durch Recht (Venedig-Kommission), um deren Expertise bei der Bewahrung der Grundsätze der Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit zu nutzen und deren Empfehlungen erzwingbar zu machen;

Or. en

Änderungsantrag 131
Monika Flašíková Beňová, Tatjana Ždanoka, Renate Weber

Entschließungsantrag
Ziffer 9 c (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

9c. fordert die Einrichtung angemessener einzelstaatlicher Menschenrechtseinrichtungen in allen Mitgliedstaaten und Maßnahmen, die die Vernetzung dieser Einrichtungen innerhalb der EU mit der Unterstützung der Grundrechteagentur erleichtern; fordert die Organe der EU und die Mitgliedstaaten auf, die Kapazitäten der Gleichstellungsstellen, der Datenschutzstellen, der einzelstaatlichen Menschenrechtseinrichtungen und der Grundrechteagentur als Kämpfer für die Menschenrechte zu entwickeln;

Änderungsantrag 132
Kinga Göncz

Entschließungsantrag
Ziffer 9 c (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

9c. fordert die Einrichtung angemessener einzelstaatlicher Menschenrechtseinrichtungen in allen Mitgliedstaaten und Maßnahmen, die die Vernetzung dieser Einrichtungen innerhalb der EU mit der Unterstützung der Grundrechteagentur erleichtern; fordert die Organe der EU und die Mitgliedstaaten auf, die Kapazitäten der Gleichstellungsstellen, der Datenschutzstellen, der einzelstaatlichen Menschenrechtseinrichtungen und der Grundrechteagentur als Kämpfer für die Menschenrechte zu entwickeln und deren Unabhängigkeit zu gewährleisten;

Änderungsantrag 133
Kinga Göncz

Entschließungsantrag
Ziffer 9 d (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

9d. bedauert die Verschlechterung der Lage der Medienfreiheit in verschiedenen Mitgliedstaaten; fordert die Mitgliedstaaten auf, die Medienfreiheit zu achten, und fordert die Kommission auf, angemessenen Maßnahmen zu ergreifen, um die Medienfreiheit und den Medienpluralismus zu überwachen und

durchzusetzen; begrüßt die Initiative des Europäischen Parlaments zu einem Berichtsentwurf über die Standards der Medienfreiheit in der EU;

Or. en

Änderungsantrag 134
Mario Borghezio

Entschließungsantrag
Ziffer 11

Entschließungsantrag

Geänderter Text

11. fordert eine parlamentarische Bewertung der für den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts (RFSR) ergriffenen Maßnahmen nach Maßgabe von Artikel 70 AEUV durch die Schaffung einer ständigen Verbindung zwischen dem LIBE-Ausschuss des Europäischen Parlaments und den nationalen parlamentarischen Ausschüssen, die mit den Grundrechten befasst sind, um die einschlägigen Rechtsvorschriften auf EU-Ebene und auf nationaler Ebene zu bewerten;

entfällt

Or. it

Änderungsantrag 135
Tatjana Ždanoka

Entschließungsantrag
Ziffer 11

Entschließungsantrag

Geänderter Text

11. fordert eine parlamentarische Bewertung der für den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts (RFSR) ergriffenen Maßnahmen nach Maßgabe von Artikel 70 AEUV durch die Schaffung

11. fordert eine parlamentarische Bewertung der für den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts (RFSR) ergriffenen Maßnahmen nach Maßgabe von Artikel 70 AEUV durch die Schaffung

einer ständigen Verbindung zwischen dem LIBE-Ausschuss des Europäischen Parlaments und den nationalen parlamentarischen Ausschüssen, die mit den Grundrechten befasst sind, um die einschlägigen Rechtsvorschriften auf EU-Ebene und auf nationaler Ebene zu bewerten;

einer ständigen Verbindung zwischen dem LIBE-Ausschuss des Europäischen Parlaments, *der Arbeitsgruppe des Rates für Grundrechte, Bürgerrechte und Freizügigkeit* und den nationalen parlamentarischen Ausschüssen, die mit den Grundrechten befasst sind, um die einschlägigen Rechtsvorschriften auf EU-Ebene und auf nationaler Ebene zu bewerten;

Or. en

Änderungsantrag 136 Marie-Christine Vergiat

Entschließungsantrag Ziffer 12

Entschließungsantrag

12. fordert die Mitgliedstaaten auf, ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen, ***schwere Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit dem CIA-Programm zur Terrorismusbekämpfung zu untersuchen und den Opfern gegenüber umfassende Wiedergutmachung zu leisten, ordnungsgemäß zu erfüllen***, was bisher nicht der Fall war;

Geänderter Text

12. fordert die Mitgliedstaaten auf, ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen, zu erfüllen, was bisher nicht der Fall war, ***und insbesondere:***

– auf der Grundlage neuer Belege die schweren Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit der behaupteten Beförderung und dem rechtswidrigen Festhalten von Gefangenen in europäischen Staaten durch die CIA im Rahmen des CIA-Programms zur Terrorismusbekämpfung zu untersuchen, über ihre Beteiligung an diesen Maßnahmen Rechenschaft abzulegen, die Personen zu verfolgen, die an diesen Maßnahmen beteiligt waren und den Opfern gegenüber umfassende Wiedergutmachung zu leisten;

– die Verletzungen des Rechts auf Leben

zu untersuchen, die durch Rückführungen von Migranten und Asylbewerbern im Mittelmeerraum oder die verspätete Hilfeleistung auf See durch verschiedene Mitgliedstaaten verursacht wurden;

Or. fr

Änderungsantrag 137
Mariya Gabriel

Entschließungsantrag
Ziffer 12

Entschließungsantrag

12. fordert die Mitgliedstaaten auf, ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen, schwere Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit dem CIA-Programm zur Terrorismusbekämpfung zu untersuchen und den Opfern gegenüber umfassende Wiedergutmachung zu leisten, ordnungsgemäß zu erfüllen, was bisher nicht der Fall war;

Geänderter Text

12. fordert die Mitgliedstaaten auf, ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen, schwere Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit dem CIA-Programm zur Terrorismusbekämpfung zu untersuchen, **den Kampf gegen den Menschenhandel und die organisierte Kriminalität zu intensivieren und** den Opfern gegenüber umfassende Wiedergutmachung zu leisten, ordnungsgemäß zu erfüllen, was bisher nicht der Fall war;

Or. fr

Änderungsantrag 138
Mariya Gabriel

Entschließungsantrag
Ziffer 12 a (neu)

Entschließungsantrag

12a. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, unter Einschluss des Europäischen Parlaments und der einzelstaatlichen Parlamente enger

zusammenzuarbeiten, um eine bessere Anwendung des EU-Rechts im Bereich der Menschenrechte und eine bessere Verfolgung von Beschwerden und der Beseitigung von Unregelmäßigkeiten zu erreichen;

Or. fr

Änderungsantrag 139
Philip Claeys

Entschließungsantrag
Ziffer 13 – Spiegelstrich 2

Entschließungsantrag

Geänderter Text

– dass die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen, die sich zu einem Standardpolitikbereich der EU entwickelt hat, sowie die sozialen und wirtschaftlichen Rechte, die grundlegende Elemente der Charta sind, immer noch nicht in den Aufgabenbereich der FRA fallen; fordert den Rat auf, die obengenannten Punkte in den nächsten Mehrjahresrahmen der FRA aufzunehmen;

entfällt

Or. nl

Änderungsantrag 140
Tatjana Ždanoka

Entschließungsantrag
Ziffer 13 – Spiegelstrich 2

Entschließungsantrag

Geänderter Text

– dass die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen, die sich zu einem Standardpolitikbereich der EU entwickelt hat, sowie die sozialen und wirtschaftlichen Rechte, die grundlegende

– dass die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen, die sich zu einem Standardpolitikbereich der EU entwickelt hat, sowie die sozialen und wirtschaftlichen Rechte, die grundlegende

Elemente der Charta sind, immer noch nicht in den Aufgabenbereich der FRA fallen; fordert den Rat auf, die obengenannten Punkte in den nächsten Mehrjahresrahmen der FRA aufzunehmen;

Elemente der Charta sind, immer noch nicht **ausdrücklich** in den Aufgabenbereich der FRA fallen; fordert den Rat auf, die obengenannten Punkte in den nächsten Mehrjahresrahmen der FRA aufzunehmen;

Or. en

Änderungsantrag 141
Kinga Göncz

Entschließungsantrag
Ziffer 13 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

13a. weist auf die Schwachpunkte in der gegenwärtigen Aufgabenstellung der Grundrechteagentur hin, insbesondere die begrenzte Anzahl der vergleichenden Bewertung zwischen Mitgliedstaaten und den Mangel der Bewertung der Lage der , Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie insgesamt in den Mitgliedstaaten;

Or. en

Änderungsantrag 142
Monika Flašíková Beňová, Tatjana Ždanoka, Renate Weber

Entschließungsantrag
Ziffer 13 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

13a. weist auf die Schwachpunkte im gegenwärtigen Mehrjahresrahmen der Grundrechteagentur hin, insbesondere die begrenzte Anzahl der vergleichenden Bewertung zwischen Mitgliedstaaten;

Or. en

Änderungsantrag 143
Renate Weber, Sophia in 't Veld

Entschließungsantrag
Ziffer 13 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

13a. weist darauf hin, dass die Grundsätze von Paris zu den einzelstaatlichen Menschenrechtseinrichtungen als Modell für die Reform der einzelstaatlichen Einrichtungen als auch der Grundrechteagentur genutzt werden sollten, und fordert, dass die Verordnung über die Grundrechteagentur dringend zu überarbeiten ist, so dass der Aufgabenbereich der Grundrechteagentur erweitert und angepasst wird, wobei das ordentliche Gesetzgebungsverfahren durch das Europäische Parlament und den Rat vollumfänglich auf die Artikel 2,6 und 7 EUV und insbesondere auf die Umsetzung der europäischen Charta durch die Organe, Einrichtungen und sonstige Stellen der EU als auch auf die Tätigkeiten der Mitgliedstaaten angewandt wird; ist der Ansicht, dass die Unabhängigkeit der Grundrechteagentur wie auch seine Befugnisse und Kompetenzen gestärkt werden sollten; ist der Ansicht, dass der wissenschaftliche Ausschuss der Agentur für Grundrechte und das Netzwerk FRANET dem Europäischen Parlament und den einzelstaatlichen Parlamenten jährlich einen thematischen und konkreteren Bericht zur Lage in den Mitgliedstaaten der EU vorlegen und veröffentlichen sollte, als dies bis 2006 durch das frühere Netz unabhängiger Sachverständiger für Grundrechte erfolgte; fordert die Agentur für Grundrechte auf, Artikel 15 AEUV umfassend zu respektieren, indem es ihre Verfahren offen gestaltet und Zugang zu ihren Dokumenten mittels öffentlich

zugänglichem Register ermöglicht, wie dies in der Verordnung 1049/2001 vorgesehen ist;

Or. en

Änderungsantrag 144
Tatjana Ždanoka

Entschließungsantrag
Ziffer 13 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

13a. fordert die Kommission und den Rat auf, gemeinsam mit dem Europäischen Parlament die Gründungsverordnung der Grundrechteagentur zu überarbeiten, um ihren Aufgabenbereich, einschließlich einer Überwachungsfunktion, zu erweitern;

Or. en

Änderungsantrag 145
Monika Flašíková Beňová, Renate Weber

Entschließungsantrag
Ziffer 13 b (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

13b. ist der Ansicht, dass der wissenschaftliche Ausschuss der Agentur für Grundrechte aus ehemaligen Richtern der europäischen Gerichte und der einzelstaatlichen Verfassungsgerichte bestehen sollte, die wie folgt durch Ernennung bestimmt werden: ein Drittel durch das Europäische Parlament, ein Drittel durch den Rat und ein Drittel durch die Kommission; ist der Ansicht, dass er eine unabhängige und neutrale Rolle im Interesse der Organe der EU

spielen sollte, wie dies beim Europarat durch die Venedig-Kommission gewährleistet wird;

Or. en

Änderungsantrag 146
Kinga Göncz

Entschließungsantrag
Ziffer 13 b (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

13b. ist der Ansicht, dass der wissenschaftliche Ausschuss der Agentur für Grundrechte aus ehemaligen Richtern der europäischen Gerichte und der einzelstaatlichen Verfassungsgerichte bestehen sollte, die wie folgt durch Ernennung bestimmt werden: ein Drittel durch das Europäische Parlament, ein Drittel durch den Rat und ein Drittel durch die Kommission; ist der Ansicht, dass er eine unabhängige und neutrale Rolle im Interesse der Organe der EU spielen sollte, wie dies beim Europarat durch die Venedig-Kommission gewährleistet wird;

Or. en

Änderungsantrag 147
Renate Weber, Sophia in 't Veld, Gianni Vattimo

Entschließungsantrag
Ziffer 13 b (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

13b. fordert die Kommission auf, die Unabhängigkeit und Kompetenz der Grundrechteagentur umfassend zu respektieren und von der Ausübung

unbotmäßigen Drucks auf die Grundrechteagentur im Zusammenhang mit ihren Stellungnahmen zu Vorschlägen der Kommission abzusehen, wie jüngst in Bezug auf die Stellungnahme zur Zuständigkeit und dem anzuwendenden Recht in Bezug auf die güterrechtlichen Auswirkungen von Ehen und eingetragenen Partnerschaften geschehen;

Or. en

Änderungsantrag 148
Monika Flašíková Beňová

Entschließungsantrag
Ziffer 13 c (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

13c. weist darauf hin, dass die Grundsätze von Paris zu den einzelstaatlichen Menschenrechtseinrichtungen als Modell für die Reform der einzelstaatlichen Einrichtungen als auch der Grundrechteagentur genutzt werden sollten, und fordert, dass der Aufgabenbereich der Grundrechteagentur angepasst wird, wobei das ordentliche Gesetzgebungsverfahren durch das Europäische Parlament und den Rat vollumfänglich auf Artikel 6 EUV und insbesondere auf die Umsetzung der europäischen Charta durch die Organe, Einrichtungen und sonstige Stellen der EU als auch auf die Tätigkeiten der Mitgliedstaaten, die in die Politikbereiche der Eu fallen, angewandt wird; ist der Ansicht, dass der wissenschaftliche Ausschuss der Agentur für Grundrechte und das Netzwerk FRANET dem Europäischen Parlament und den einzelstaatlichen Parlamenten jährlich einen thematischen und konkreteren Bericht zur Lage in den Mitgliedstaaten

der EU vorlegen und veröffentlichen sollte, als dies bis 2006 durch das frühere Netz unabhängiger Sachverständiger für Grundrechte erfolgte; fordert die Agentur für Grundrechte auf, Artikel 15 AEUV umfassend zu respektieren, indem es ihre Verfahren offen gestaltet und Zugang zu ihren Dokumenten mittels öffentlich zugänglichem Register ermöglicht, wie dies in der Verordnung 1049/2001 vorgesehen ist;

Or. en

Änderungsantrag 149
Renate Weber, Sophia in 't Veld, Gianni Vattimo

Entschließungsantrag
Ziffer 13 c (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

13c. fordert die Agentur für Grundrechte auf, dafür zu sorgen, dass nichtstaatliche Organisationen, die nicht die Grundrechte und die Grundsätze der Toleranz, Gleichheit sowie Nichtdiskriminierung achten und Intoleranz und Diskriminierung propagieren, von der Plattform für Grundrechte der Agentur für Grundrechte ausgeschlossen sind; ist der Ansicht, dass in Bezug auf die Finanzierung und die Tätigkeiten dieser Organisationen Transparenz verlangt werden sollte,

Or. en

Änderungsantrag 150
Mario Borghezio

Entschließungsantrag
Ziffer 14

Entschließungsantrag

Geänderter Text

14. ist besorgt über die Opt-outs einiger Mitgliedstaaten, mit denen diese eine Beeinträchtigung der Rechte ihrer Bürger riskieren, die stärker unter Diskriminierung leiden werden als andere EU-Bürger;

entfällt

Or. it

**Änderungsantrag 151
Tatjana Ždanoka**

**Entschließungsantrag
Ziffer 14**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

14. ist besorgt über die Opt-outs einiger Mitgliedstaaten, mit denen diese eine Beeinträchtigung der Rechte ihrer Bürger riskieren, die stärker unter Diskriminierung leiden werden als andere EU-Bürger;

14. ist besorgt über die **sogenannten** Opt-outs einiger Mitgliedstaaten, mit denen diese eine Beeinträchtigung der Rechte ihrer Bürger riskieren, die stärker unter Diskriminierung leiden werden als andere EU-Bürger; **erinnert daran, dass nach der Rechtsprechung des EuGH die Opt-outs nicht die Freistellung von der Verpflichtung zur Einhaltung der Bestimmungen der Charta bezwecken, noch ein Gericht eines dieser Mitgliedstaaten daran hindern, für die Einhaltung dieser Bestimmungen zu sorgen“;**

Or. en

**Änderungsantrag 152
Philip Claeys**

**Entschließungsantrag
Ziffer 14 a (neu)**

14a. Recht auf freie Meinungsäußerung
ist besorgt über den zunehmenden Druck, der von extremistischen Strömungen innerhalb des Islams, insbesondere durch den Salafismus, auf die freie Meinungsäußerung ausgeübt wird; weist mit Nachdruck darauf hin, dass in ganz Europa das Recht auf freie Meinungsäußerung gelten soll, auch für den, der sich kritisch zum Islam äußern möchte; verurteilt daher die Situation, in der Politiker und Künstler Opfer eines Mordkomplotts oder eines Anschlags werden und ständig bewacht werden müssen; verurteilt, dass Lesungen gestört, Kunstwerke zerstört und Schriftsteller und Künstler bedroht werden; weist mit Nachdruck darauf hin, dass Kritik an jeder Religion und den Glaubenssätzen, also auch am Islam, nicht auf einen Mangel an Respekt zurückzuführen ist, sondern wesentlicher Bestandteil einer gemeinsamen europäischen Rechtsordnung ist, nach der auch Religion, religiöse Texte, religiöse Glaubenssätze, Einrichtungen und Geistliche Gegenstand eines kritischen Diskurses sein können;

Or. nl

Änderungsantrag 153
Renate Weber, Sophia in 't Veld

Entschließungsantrag
Ziffer 14 a (neu)

14a. ist der Ansicht, dass die Kommission aufhören sollte, zu erklären, dass die „Bürger an die falsche Tür klopfen“, und so die Kompetenz der EU in Bezug auf

Grundrechte minimiert und die Forderungen der Bürger abweist; betont, dass die Kommission die Bedenken der Bürger in Bezug auf die Verletzung der Grundrechte ernst nehmen muss, und sie dafür sensibilisieren muss, wie sie ihr Recht auf Zugang zur Justiz wahrnehmen und ihre Rechte in den am meisten angemessenen, einschlägigen oder kompetenten Foren durchsetzen können; fordert die Kommission auf, die Bürger, die sie wegen Grundrechtsverletzungen kontaktieren, über diese zusätzlichen oder angemesseneren Möglichkeiten detailliert zu informieren, diese Anzeigen zu registrieren und darüber umfassend in ihren Jahresberichten über die Grundrechte in der EU und die Umsetzung der Charta zu berichten; betont, dass der Schriftverkehr mit den Bürgern außerordentlich wichtig ist, um mögliche strukturelle, systemische oder schwerwiegende Verletzungen der Grundrechte in der EU und ihren Mitgliedstaaten aufzudecken und folglich die wirkliche Anwendung der Artikel 2, 6 und 7 EUV durch die Kommission zu sichern; ist der Ansicht, dass informelle Netzwerke, wie sie erfolgreich für den Binnenmarkt entwickelt wurden (SOLVIT), auf einzelstaatlicher und regionaler Ebene geschaffen werden sollten, um Menschen zu helfen und zu beraten, bei denen die Gefahr besteht, dass ihre Rechte verletzt werden (etwa Migranten, Asylsuchende, schutzbedürftige Personen); ist der Ansicht, dass diese Unterstützungsstrukturen für die Wiederherstellung des Rechts und die wirtschaftliche und soziale Integration eine Priorität der Regionalförderung sein sollten;

Or. en

Änderungsantrag 154
Monika Flašíková Beňová, Tatjana Ždanoka

Entschließungsantrag
Ziffer 14 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

14a. betont, dass über die Information der Einzelnen über ihre Rechte aus der Charta hinaus, die Kommission sicherstellen muss, dass sie Kenntnis darüber haben, wie ihr Recht auf Zugang zur Justiz wahrzunehmen ist und wie sie ihre Rechte in den einschlägigen Foren durchsetzen können; ist der Ansicht, dass informelle Netzwerke, wie sie erfolgreich für den Binnenmarkt entwickelt wurden (SOLVIT), auf einzelstaatlicher und regionaler Ebene geschaffen werden sollten, um Menschen zu helfen und zu beraten, bei denen die Gefahr besteht, dass ihre Rechte verletzt werden (etwa Migranten, Asylsuchende, schutzbedürftige Personen); ist der Ansicht, dass diese Unterstützungsstrukturen für die Wiederherstellung des Rechts und die wirtschaftliche und soziale Integration eine Priorität der Regionalförderung sein sollten;

Or. en

Änderungsantrag 155
Konrad Szymański, Janusz Wojciechowski

Entschließungsantrag
Ziffer 14 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

14a. erkennt die Notwendigkeit an, Mitgliedstaaten vor jedem unbotmäßigen Druck im Bereich des Familienrechts zu schützen;

Änderungsantrag 156
Kinga Göncz

Entschließungsantrag
Ziffer 14 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

14a. fordert die Mitgliedstaaten auf, nach allen Diskriminierungsgründen getrennte Daten zu sammeln sowie in Zusammenarbeit mit der Grundrechteagentur Grundrechtsindikatoren zu entwickeln, um gezielte Rechtsetzung und politische Maßnahmen in ausreichender Kenntnis der Sachlage zu gewährleisten, insbesondere im Bereich der Nichtdiskriminierung und im Zusammenhang mit den nationalen Strategien zur Integration der Roma;

Änderungsantrag 157
Monika Flašíková Beňová, Tatjana Ždanoka, Renate Weber

Entschließungsantrag
Ziffer 14 b (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

14b. fordert die Mitgliedstaaten auf, nach allen Diskriminierungsgründen getrennte Daten zu sammeln sowie in Zusammenarbeit mit der Grundrechteagentur Grundrechtsindikatoren zu entwickeln, um gezielte Rechtsetzung und politische Maßnahmen in ausreichender Kenntnis der Sachlage zu gewährleisten, insbesondere im Bereich der

*Nichtdiskriminierung und im
Zusammenhang mit den nationalen
Strategien zur Integration der Roma;*

Or. en

Änderungsantrag 158
Philip Claeys

Entschließungsantrag
Ziffer 14 b (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

14b. ist besorgt über den zunehmenden Druck, unter dem das Recht auf freie Meinungsäußerung im Rahmen der Debatte über Einwanderung, Asyl und illegalen Aufenthalt gerät; weist mit Nachdruck darauf hin, es wichtig ist, zwischen der Anstachelung zu Hass oder Gewalt, die nicht hinnehmbar ist, einerseits, und dem politisch begründeten Anprangern real vorhandener Probleme in der Gesellschaft im Zusammenhang mit Einwanderung, Asyl und illegalem Aufenthalt andererseits, das sehr wohl akzeptabel ist, zu unterscheiden; erinnert an die einschlägige Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte, wonach das Recht auf freie Meinungsäußerung auch gilt für Meinungen, die beunruhigen, schockieren und verletzen;

Or. nl

Änderungsantrag 159
Renate Weber, Sophia in 't Veld, Gianni Vattimo

Entschließungsantrag
Ziffer 14 b (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

14b. fordert die Kommission auf, eine Überprüfung des Rahmenbeschlusses zur Einbeziehung anderer Formen willkürlicher Gewalt, unter anderem aufgrund sexueller Ausrichtung, Geschlechtsidentität und Ausdruck der Geschlechtlichkeit vorzuschlagen;

Or. en

**Änderungsantrag 160
Kinga Göncz**

**Entschließungsantrag
Ziffer 14 b (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

14b. bedauert die Tatsache, dass nicht alle Mitgliedstaaten den Rahmenbeschluss des Rates zur Bekämpfung bestimmter Formen und Ausdrücke von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit durch das Strafrecht ordnungsgemäß umgesetzt haben, fordert die Mitgliedstaaten auf, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Feindlichkeit gegenüber Sinti und Roma und andere Formen der Gewalt und des Hasses gegen Minderheiten, einschließlich der Hassrede zu verfolgen;

Or. en

**Änderungsantrag 161
Monika Flašíková Beňová, Tatjana Ždanoka, Renate Weber**

**Entschließungsantrag
Ziffer 14 c (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

14c. bedauert die Tatsache, dass nicht alle Mitgliedstaaten den Rahmenbeschluss des Rates zur Bekämpfung bestimmter Formen und Ausdrücke von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit durch das Strafrecht ordnungsgemäß umgesetzt haben¹; fordert die Mitgliedstaaten auf, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Hassrede zu verfolgen; erinnert daran, dass dieser Rahmenbeschluss am 1. Dezember 2014 voll durchsetzbar sein wird, wie alle Rahmenbeschlüsse, die bis dahin in Kraft getreten sind;

¹ ABl. L 328 vom 12.5.2008, S. 55.

Or. en

Änderungsantrag 162
Kinga Göncz

Entschließungsantrag
Ziffer 14 c (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

14c. fordert die Kommission auf, eine Neufassung des Rahmenbeschlusses zur Einbeziehung anderer Formen willkürlicher Gewalt, unter anderem aufgrund sexueller Ausrichtung, Geschlechtsidentität und Ausdruck der Geschlechtlichkeit vorzuschlagen;

Or. en

Änderungsantrag 163
Monika Flašíková Beňová

Entschließungsantrag
Ziffer 14 d (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

14d. fordert die Kommission auf, eine Neufassung des Rahmenbeschlusses zur Einbeziehung anderer Formen willkürlicher Gewalt, unter anderem aufgrund sexueller Ausrichtung, Geschlechtsidentität und Ausdruck der Geschlechtlichkeit vorzuschlagen;

Or. en

**Änderungsantrag 164
Kinga Göncz**

**Entschließungsantrag
Ziffer 14 d (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

14d. fordert die Mitgliedstaaten auf, dafür zu sorgen, dass auf Vorurteilen beruhende Straftaten, wie diejenigen mit rassistischer, fremdenfeindlicher, antisemitischer, islamfeindlicher, homophober oder transphobischer Absicht in den Strafrechtssystemen strafbar sind, und diese Straftaten effektiv untersucht, verfolgt und bestraft werden, ihren Opfern ordnungsgemäße Unterstützung, Schutz und Entschädigung angeboten wird, und diese Straftaten ordnungsgemäß registriert werden;

Or. en

**Änderungsantrag 165
Monika Flašíková Beňová, Tatjana Ždanoka, Renate Weber**

**Entschließungsantrag
Ziffer 14 e (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

14e. fordert die Mitgliedstaaten auf, dafür zu sorgen, dass Straftaten mit rassistischer, fremdenfeindlicher, homophober oder transphobischer Absicht in den Strafrechtssystemen strafbar sind, und diese Straftaten effektiv untersucht, verfolgt und bestraft werden, ihren Opfern ordnungsgemäße Unterstützung, Schutz und Entschädigung angeboten wird, und diese Straftaten ordnungsgemäß registriert werden;

Or. en

**Änderungsantrag 166
Philip Claeys**

**Entschließungsantrag
Ziffer 15**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

15. betont, das die Grundsätze der Menschenwürde und der Gleichheit vor dem Gesetz die Grundlagen demokratischer Gesellschaften sind; ***hält die derzeitige Blockade der Verhandlungen im Rat über den Vorschlag der Kommission für eine horizontale Richtlinie zur Ausweitung des umfassenden Schutzes vor Diskriminierung aus jedweden Gründen, einschließlich der Religion oder des Glaubens, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung, für unverständlich und fordert, dass Anstrengungen unternommen werden, um die schnellstmögliche Verabschiedung zu gewährleisten;***

15. betont, das die Grundsätze der Menschenwürde und der Gleichheit vor dem Gesetz die Grundlagen demokratischer Gesellschaften sind;

Or. nl

Änderungsantrag 167
Mario Borghezio

Entschließungsantrag
Ziffer 15

Entschließungsantrag

15. betont, das die Grundsätze der Menschenwürde und der Gleichheit vor dem Gesetz die Grundlagen demokratischer Gesellschaften sind; **hält die derzeitige Blockade der Verhandlungen im Rat über den Vorschlag der Kommission für eine horizontale Richtlinie zur Ausweitung des umfassenden Schutzes vor Diskriminierung aus jedweden Gründen, einschließlich der Religion oder des Glaubens, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung, für unverständlich und fordert, dass Anstrengungen unternommen werden, um die schnellstmögliche Verabschiedung zu gewährleisten;**

Geänderter Text

15. betont, das die Grundsätze der Menschenwürde und der Gleichheit vor dem Gesetz die Grundlagen demokratischer Gesellschaften sind;

Or. it

Änderungsantrag 168
Lorenzo Fontana

Entschließungsantrag
Ziffer 15

Entschließungsantrag

15. betont, das die Grundsätze der Menschenwürde und der Gleichheit vor dem Gesetz die Grundlagen demokratischer Gesellschaften sind; **hält die derzeitige Blockade der Verhandlungen im Rat über den Vorschlag der Kommission für eine horizontale Richtlinie zur Ausweitung des**

Geänderter Text

15. betont, dass die Grundsätze der Menschenwürde und der Gleichheit vor dem Gesetz die Grundlagen demokratischer Gesellschaften sind;

umfassenden Schutzes vor Diskriminierung aus jedweden Gründen, einschließlich der Religion oder des Glaubens, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung, für unverständlich und fordert, dass Anstrengungen unternommen werden, um die schnellstmögliche Verabschiedung zu gewährleisten;

Or. en

Änderungsantrag 169
Anna Záborská

Entschließungsantrag
Ziffer 15

Entschließungsantrag

Geänderter Text

15. betont, das die Grundsätze der Menschenwürde und der Gleichheit vor dem Gesetz die Grundlagen demokratischer Gesellschaften sind; ***hält die derzeitige Blockade der Verhandlungen im Rat über den Vorschlag der Kommission für eine horizontale Richtlinie zur Ausweitung des umfassenden Schutzes vor Diskriminierung aus jedweden Gründen, einschließlich der Religion oder des Glaubens, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung, für unverständlich und fordert, dass Anstrengungen unternommen werden, um die schnellstmögliche Verabschiedung zu gewährleisten;***

15. betont, dass die Grundsätze der Menschenwürde und der Gleichheit vor dem Gesetz die Grundlagen demokratischer Gesellschaften sind; ***fordert die Mitgliedstaaten daher auf, die große Zahl der bereits bestehenden Instrumente des Besitzstands der Union umzusetzen und den wirklichen Bedarf der Verbesserung durch neue Rechtsakte der EU zu prüfen, bevor diese auf den Weg gebracht werden;***

Or. en

Änderungsantrag 170
Renate Weber, Sophia in 't Veld

Entschließungsantrag

Ziffer 15

Entschließungsantrag

15. betont, **das** die Grundsätze der Menschenwürde und der Gleichheit vor dem Gesetz die Grundlagen demokratischer Gesellschaften sind; hält die derzeitige Blockade der Verhandlungen im Rat über den Vorschlag der Kommission für eine horizontale Richtlinie zur Ausweitung des umfassenden Schutzes vor Diskriminierung aus jedweden Gründen, einschließlich der Religion oder des Glaubens, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung, für **unverständlich** und fordert, dass Anstrengungen unternommen werden, um die **schnellstmögliche** Verabschiedung zu gewährleisten;

Geänderter Text

15. betont, **dass** die Grundsätze der Menschenwürde und der Gleichheit vor dem Gesetz die Grundlagen demokratischer Gesellschaften sind; hält die derzeitige Blockade der Verhandlungen im Rat über den Vorschlag der Kommission für eine horizontale Richtlinie zur Ausweitung des umfassenden Schutzes vor Diskriminierung aus jedweden Gründen, einschließlich der Religion oder des Glaubens, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung, für **bedauerlich** und **gegen Geist und Buchstaben des Vertrags gerichtet und** fordert, dass Anstrengungen unternommen werden, um die Verabschiedung zu gewährleisten; **fordert den Rat und die Mitgliedstaaten, die gegenwärtig die Verhandlungen blockieren, auf, ihre Argumente, Vorschläge und Standpunkte im Rat allgemein und speziell in der zuständigen Arbeitsgruppe des Rates öffentlich zu machen, damit die Unionsbürger besser verstehen können, warum es keinen Fortschritt gibt, und nach bestem Wissen und Gewissen die Positionen der Regierungen, Minister und politischen Parteien zur Diskriminierung von Personen aufgrund der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung bewerten können; fordert eine europäische Kampagne zu starten und ruft die nichtstaatlichen Organisationen, Bürger, politischen Parteien und Führungspersönlichkeiten, die Zivilgesellschaft, Wirtschaftsakteure auf, dieser Kampagne beizutreten, damit die Annahme der Richtlinie erreicht wird; fordert den Rat folglich auf, auf der Grundlage von Artikel 265 AEUV tätig zu werden, und die Richtlinie vor Ende dieses Jahres anzunehmen;**

Änderungsantrag 171
Kinga Göncz

Entschließungsantrag
Ziffer 15

Entschließungsantrag

15. betont, **das** die Grundsätze der Menschenwürde und **der** Gleichheit vor dem Gesetz die Grundlagen demokratischer Gesellschaften sind; hält die derzeitige Blockade der Verhandlungen im Rat über den Vorschlag der Kommission für eine horizontale Richtlinie zur Ausweitung des umfassenden Schutzes vor Diskriminierung aus jedweden Gründen, einschließlich der Religion oder des Glaubens, einer Behinderung, des Alters **oder** der sexuellen Ausrichtung, für **unverständlich** und fordert, dass Anstrengungen unternommen werden, um die schnellstmögliche Verabschiedung zu gewährleisten;

Geänderter Text

15. betont, **dass** die Grundsätze der Menschenwürde und Gleichheit vor dem Gesetz die Grundlagen demokratischer Gesellschaften sind; hält die derzeitige Blockade der Verhandlungen im Rat über den Vorschlag der Kommission für eine horizontale Richtlinie zur Ausweitung des umfassenden Schutzes vor Diskriminierung aus jedweden Gründen, einschließlich der Religion oder des Glaubens, einer Behinderung, des Alters, der sexuellen Ausrichtung **oder der Geschlechtsidentität**, für **bedauerlich** und **gegen Geist und Buchstaben des Vertrags gerichtet und** fordert, dass Anstrengungen unternommen werden, um die schnellstmögliche Verabschiedung zu gewährleisten; fordert die Mitgliedstaaten, die gegenwärtig die Verhandlungen blockieren, auf, ihre Argumente öffentlich zu machen, damit die Unionsbürger besser verstehen können, warum es keinen Fortschritt gibt;

Änderungsantrag 172
Monika Flašíková Beňová

Entschließungsantrag
Ziffer 15

Entschließungsantrag

15. betont, **das** die Grundsätze der

Geänderter Text

15. betont, **dass** die Grundsätze der

Menschenwürde und der Gleichheit vor dem Gesetz die Grundlagen demokratischer Gesellschaften sind; hält die derzeitige Blockade der Verhandlungen im Rat über den Vorschlag der Kommission für eine horizontale Richtlinie zur Ausweitung des umfassenden Schutzes vor Diskriminierung aus jedweden Gründen, einschließlich der Religion oder des Glaubens, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung, für **unverständlich** und fordert, dass Anstrengungen unternommen werden, um die schnellstmögliche Verabschiedung zu gewährleisten;

Menschenwürde und der Gleichheit vor dem Gesetz die Grundlagen demokratischer Gesellschaften sind; hält die derzeitige Blockade der Verhandlungen im Rat über den Vorschlag der Kommission für eine horizontale Richtlinie zur Ausweitung des umfassenden Schutzes vor Diskriminierung aus jedweden Gründen, einschließlich der Religion oder des Glaubens, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung, für **bedauerlich und gegen Geist und Buchstaben des Vertrags gerichtet und** fordert, dass Anstrengungen unternommen werden, um die schnellstmögliche Verabschiedung zu gewährleisten;; **fordert die Mitgliedstaaten, die gegenwärtig die Verhandlungen blockieren, auf, ihre Argumente öffentlich zu machen, damit die Unionsbürger besser verstehen können, warum es keinen Fortschritt gibt;**

Or. en

Änderungsantrag 173
Tatjana Zdanoka

Entschließungsantrag
Ziffer 15

Entschließungsantrag

15. betont, das die Grundsätze der Menschenwürde und der Gleichheit vor dem Gesetz die Grundlagen demokratischer Gesellschaften sind; hält die derzeitige Blockade der Verhandlungen im Rat über den Vorschlag der Kommission für eine horizontale Richtlinie zur Ausweitung des umfassenden Schutzes vor Diskriminierung aus jedweden Gründen, einschließlich der Religion oder des Glaubens, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung, für unverständlich und fordert, dass Anstrengungen unternommen werden, um

Geänderter Text

15. betont, dass die Grundsätze der Menschenwürde und der Gleichheit vor dem Gesetz die Grundlagen demokratischer Gesellschaften sind; hält die derzeitige Blockade der Verhandlungen im Rat über den Vorschlag der Kommission für eine horizontale Richtlinie zur Ausweitung des umfassenden Schutzes vor Diskriminierung aus jedweden Gründen, einschließlich der Religion oder des Glaubens, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung, für unverständlich und fordert, dass Anstrengungen unternommen werden, um

die schnellstmögliche Verabschiedung zu gewährleisten;

die schnellstmögliche Verabschiedung zu gewährleisten; ***bedauert den Mangel an ordnungsgemäßer Umsetzung bestehender Gleichstellungsrichtlinien durch einige Mitgliedstaaten und fordert die Kommission auf, dies vorrangig zu untersuchen und gegebenenfalls Vertragsverletzungsverfahren einzuleiten;***

Or. en

Änderungsantrag 174 Antigoni Papadopoulou

Entschließungsantrag Ziffer 15

Entschließungsantrag

15. betont, ***das*** die Grundsätze der Menschenwürde und der Gleichheit vor dem Gesetz die Grundlagen demokratischer Gesellschaften sind; hält die derzeitige Blockade der Verhandlungen im Rat über den Vorschlag der Kommission für eine horizontale Richtlinie zur Ausweitung des umfassenden Schutzes vor Diskriminierung aus jedweden Gründen, einschließlich der Religion oder des ***Glaubens***, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung, für unverständlich und fordert, dass Anstrengungen unternommen werden, um die schnellstmögliche Verabschiedung zu gewährleisten;

Geänderter Text

15. betont, ***dass*** die Grundsätze der Menschenwürde und der Gleichheit vor dem Gesetz die Grundlagen demokratischer Gesellschaften sind; hält die derzeitige Blockade der Verhandlungen im Rat über den Vorschlag der Kommission für eine horizontale Richtlinie zur Ausweitung des umfassenden Schutzes vor Diskriminierung aus jedweden Gründen, einschließlich ***wegen des Geschlechts, der Rasse, der Hautfarbe, der ethnischen oder sozialen Herkunft, der genetischen Merkmale, der Sprache, der Religion oder der Weltanschauung, der politischen oder sonstigen Anschauung, der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, des Vermögens, der Geburt***, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung für unverständlich und fordert, dass Anstrengungen unternommen werden, um die schnellstmögliche Verabschiedung zu gewährleisten;

Or. en

Änderungsantrag 175
Marie-Christine Vergiat

Entschließungsantrag
Ziffer 15

Entschließungsantrag

15. betont, das die Grundsätze der Menschenwürde und der Gleichheit vor dem Gesetz die Grundlagen demokratischer Gesellschaften sind; hält die derzeitige Blockade der Verhandlungen im Rat über den Vorschlag der Kommission für eine horizontale Richtlinie zur Ausweitung des umfassenden Schutzes vor Diskriminierung aus jedweden Gründen, einschließlich der Religion oder des Glaubens, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung, für **unverständlich** und fordert, dass Anstrengungen unternommen werden, um die schnellstmögliche Verabschiedung zu gewährleisten;

Geänderter Text

15. betont, das die Grundsätze der Menschenwürde und der Gleichheit vor dem Gesetz die Grundlagen demokratischer Gesellschaften sind; hält die derzeitige Blockade der Verhandlungen im Rat über den Vorschlag der Kommission für eine horizontale Richtlinie zur Ausweitung des umfassenden Schutzes vor Diskriminierung aus jedweden Gründen, einschließlich der Religion oder des Glaubens, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung, für **unzulässig** und fordert, dass Anstrengungen unternommen werden, um die schnellstmögliche Verabschiedung zu gewährleisten;

Or. fr

Änderungsantrag 176
Valdemar Tomaševski

Entschließungsantrag
Ziffer 15

Entschließungsantrag

15. betont, *das* die Grundsätze der Menschenwürde und der Gleichheit vor dem Gesetz die Grundlagen demokratischer Gesellschaften sind; hält die derzeitige Blockade der Verhandlungen im Rat über den Vorschlag der Kommission für eine horizontale Richtlinie zur Ausweitung des umfassenden Schutzes vor Diskriminierung aus jedweden Gründen, einschließlich der Religion oder des Glaubens, einer Behinderung, des

Geänderter Text

15. betont, *dass* die Grundsätze der Menschenwürde und der Gleichheit vor dem Gesetz die Grundlagen demokratischer Gesellschaften sind; hält die derzeitige Blockade der Verhandlungen im Rat über den Vorschlag der Kommission für eine horizontale Richtlinie zur Ausweitung des umfassenden Schutzes vor Diskriminierung aus jedweden Gründen, einschließlich der Religion oder des Glaubens, einer Behinderung, des

Alters oder der sexuellen Ausrichtung, für unverständlich und fordert, dass Anstrengungen unternommen werden, um die schnellstmögliche Verabschiedung zu gewährleisten;

Alters, **der Zugehörigkeit zu nationalen und ethnischen Minderheiten** oder der sexuellen Ausrichtung, für unverständlich und fordert, dass Anstrengungen unternommen werden, um die schnellstmögliche Verabschiedung zu gewährleisten;

Or. pl

Änderungsantrag 177
Ramon Tremosa i Balcells

Entschließungsantrag
Ziffer 15 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

15a. betont, dass gemäß der Charta der Grundrechte der Europäischen Union Unionsbürger auch vor sprachlicher Diskriminierung geschützt werden sollten;

Or. en

Änderungsantrag 178
Sergio Gaetano Cofferati, Rita Borsellino

Entschließungsantrag
Ziffer 15 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

15a. fordert die Europäische Union auf, jedes Jahr aus den Reihen der Städte der Mitgliedstaaten eine „Europäische Hauptstadt der Rechte“ zu benennen, um die Rolle hervorzuheben, die Städte bei der Förderung der Grundrechte und Bürgerrechte, einschließlich der Minderheitenrechte, spielen können; ist der Ansicht, dass dies dazu beitragen würde, sich auf gemeinsame Werte wie

die Achtung der Menschenwürde, der Freiheit, der Demokratie, der Gleichheit, der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte zu verständigen, die die Grundlage für eine Gesellschaft bilden, die von Pluralismus, der Toleranz, der Solidarität und der Gleichstellung von Mann und Frau geprägt ist;

Or. it

Änderungsantrag 179
Philip Claeys

Entschließungsantrag
Ziffer 16

Entschließungsantrag

16. fordert die Mitgliedstaaten auf, Beschwerdeverfahren einzurichten, mit denen gewährleistet wird, dass Opfer vielfältiger Diskriminierung eine einzige Beschwerde wegen mehr als einem Diskriminierungsgrund einreichen können; *hält es für angemessen, die Tätigkeit von Menschenrechtsaktivisten und gemeinsame Aktionen von an den Rand der Gesellschaft gedrängten Menschen und Gemeinschaften zu unterstützen;*

Geänderter Text

16. fordert die Mitgliedstaaten auf, Beschwerdeverfahren einzurichten, mit denen gewährleistet wird, dass Opfer vielfältiger Diskriminierung eine einzige Beschwerde wegen mehr als einem Diskriminierungsgrund einreichen können;

Or. nl

Änderungsantrag 180
Mikael Gustafsson

im Namen des Ausschusses für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
Livia Járóka, Mariya Gabriel

Entschließungsantrag
Ziffer 16

Entschließungsantrag

16. fordert die Mitgliedstaaten auf,

Geänderter Text

16. fordert die Mitgliedstaaten auf,

Beschwerdeverfahren einzurichten, mit denen gewährleistet wird, dass Opfer **vielfältiger Diskriminierung** eine einzige Beschwerde wegen mehr als einem Diskriminierungsgrund einreichen können; hält es für angemessen, die Tätigkeit von Menschenrechtsaktivisten und gemeinsame Aktionen von an den Rand der Gesellschaft gedrängten Menschen und Gemeinschaften zu unterstützen;

Beschwerdeverfahren einzurichten, mit denen gewährleistet wird, dass Opfer **von Mehrfachdiskriminierung** eine einzige Beschwerde wegen mehr als einem Diskriminierungsgrund einreichen können, **wobei zu berücksichtigen ist, dass insbesondere Frauen davon betroffen sind**; hält es für angemessen, die Tätigkeit von Menschenrechtsaktivisten und gemeinsame Aktionen von an den Rand der Gesellschaft gedrängten Menschen und Gemeinschaften zu unterstützen;

Or. en

Änderungsantrag 181
Marie-Christine Vergiat

Entschließungsantrag
Ziffer 16

Entschließungsantrag

16. fordert die Mitgliedstaaten auf, Beschwerdeverfahren einzurichten, mit denen gewährleistet wird, dass Opfer **vielfältiger Diskriminierung** eine einzige Beschwerde wegen mehr als einem Diskriminierungsgrund einreichen können; hält es für angemessen, die Tätigkeit von Menschenrechtsaktivisten und gemeinsame Aktionen von an den Rand der Gesellschaft gedrängten Menschen und Gemeinschaften zu unterstützen;

Geänderter Text

16. fordert die Mitgliedstaaten auf, Beschwerdeverfahren einzurichten, mit denen gewährleistet wird, dass Opfer **von Mehrfachdiskriminierung** eine einzige Beschwerde wegen mehr als einem Diskriminierungsgrund einreichen können; hält es für angemessen, die Tätigkeit von Menschenrechtsaktivisten und gemeinsame Aktionen von an den Rand der Gesellschaft gedrängten Menschen und Gemeinschaften zu unterstützen;

Or. fr

Änderungsantrag 182
Konrad Szymański, Janusz Wojciechowski

Entschließungsantrag
Ziffer 16 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

16a. erinnert daran, dass Diskriminierung auch Situationen erfasst, in denen grundlegend unterschiedliche Situationen gleich behandelt werden; fordert die Vermeidung von Instrumentalisierung, erzwungener Auslegungen oder bevorzugter Behandlung in Bezug auf jegliche Gründe von Diskriminierung;

Or. en

**Änderungsantrag 183
Sylvie Guillaume**

**Entschließungsantrag
Ziffer 16 a (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

16a. ist insbesondere besorgt über die Zunahme der politischen Parteien, die offen rassistisch, fremdenfeindlich, islamfeindlich und antisemitisch sind, was durch die Wirtschafts- und Sozialkrise begünstigt wird, die die wilde Suche nach „Sündenböcken“ fördert und deren gewaltsame Praktiken verurteilt werden sollten;

Or. fr

**Änderungsantrag 184
Anna Záborská**

**Entschließungsantrag
Ziffer 16 a (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

16a. betont die Notwendigkeit, einseitige Auslegungen des Grundsatzes der

Nichtdiskriminierung zu vermeiden und weist Versuche zurück, Artikel 21 der Charta der Grundrechte im Vergleich zu anderen (gleich wichtigen) Bestimmungen der Charta eine hervorgehobene Rolle zuzuschreiben;

Or. en

Änderungsantrag 185
Lorenzo Fontana

Entschließungsantrag
Ziffer 16 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

16a. betont die Notwendigkeit, einseitige Auslegungen des Grundsatzes der Nichtdiskriminierung zu vermeiden und weist Versuche zurück, Artikel 21 der Charta der Grundrechte im Vergleich zu anderen (gleich wichtigen) Bestimmungen der Charta eine hervorgehobene Rolle zuzuschreiben;

Or. en

Änderungsantrag 186
Sophia in 't Veld, Renate Weber, Gianni Vattimo

Entschließungsantrag
Ziffer 16 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

16a. fordert die Mitgliedstaaten auf, die Religions- und Weltanschauungsfreiheit zu schützen, einschließlich die Freiheit derjenigen ohne Religion, als Folge überzogener Ausnahmen für Religionen von Gleichheits- und Nichtdiskriminierungsgesetzen nicht diskriminiert zu werden;

Änderungsantrag 187
Valdemar Tomaševski

Entschließungsantrag
Ziffer 16 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

16a. fordert die Mitgliedstaaten auf, für die Nichtdiskriminierung von Menschen Sorge zu tragen, die nationalen und ethnischen Minderheiten angehören, und zudem sicherzustellen, dass ihnen die Rechte gemäß dem Völkerrecht und den Rechtsvorschriften der Union tatsächlich auch gewährt werden;

Or. pl

Änderungsantrag 188
Konrad Szymański, Janusz Wojciechowski

Entschließungsantrag
Ziffer 16 b (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

16b. betont, dass es im Bereich der Kampfes gegen Diskriminierung notwendig ist, die Besonderheiten der Diskriminierung wegen einer Behinderung umfassend zu berücksichtigen;

Or. en

Änderungsantrag 189
Sylvie Guillaume

Entschließungsantrag

Ziffer 16 b (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

16b. ist in einem Zusammenhang, in dem die Wirtschafts- und Finanzkrise eine wachsende Zahl von Familien dazu zwingt, auf der Straße zu leben, über repressive Maßnahmen gegen Obdachlose besorgt;

Or. fr

**Änderungsantrag 190
Anna Záborská**

**Entschließungsantrag
Ziffer 16 b (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

16b. ist besorgt darüber, dass das Konzept der „Hassrede“ (auch in Bezug auf den Begriff „Homophobie“, während es noch nicht im Besitzstand der Union definiert ist, instrumentalisiert wird, um die legitime Wahrnehmung der Meinungsäußerungsfreiheit, der Religionsfreiheit und der Gewissensfreiheit, die auch in den internationalen Menschenrechtsinstrumenten und der EU-Charta der Grundrechte garantiert werden, einzuschränken;

Or. en

**Änderungsantrag 191
Lorenzo Fontana**

**Entschließungsantrag
Ziffer 16 b (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

16b. ist besorgt darüber, dass das Konzept der „Hassrede“ (auch in Bezug auf die Verwendung des Begriffs „Homophobie“, von einigen Minderheiten zunehmend angeführt und instrumentalisiert wird, um die legitime Wahrnehmung der Meinungsäußerungsfreiheit, der Religionsfreiheit und der Gewissensfreiheit in nicht hinnehmbarer Weise zu beschränken;

Or. en

**Änderungsantrag 192
Anna Záborská**

**Entschließungsantrag
Ziffer 16 c (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

16c. erinnert daran, dass das Grundrecht auf Wehrdienstverweigerung in Artikel 10 Absatz 2 der EU-Charta der Grundrechte verankert ist, und dass die Praxis der Wehrdienstverweigerung in den Mitgliedstaaten der EU durch einen umfassenden und klaren rechtlichen und politischen Rahmen zur Praxis der Wehrdienstverweigerung angemessen geregelt ist;

Or. en

**Änderungsantrag 193
Mario Borghezio**

**Entschließungsantrag
Ziffer 17**

Entschließungsantrag

17. betont, dass die Situation Staatenloser, die einen ständigen Wohnsitz in einem Mitgliedstaat haben, behandelt werden muss, **und fordert alle betroffenen Mitgliedstaaten auf, die einschlägigen Übereinkommen der Vereinten Nationen zu ratifizieren;**

Geänderter Text

17. betont, dass die Situation Staatenloser, die einen ständigen Wohnsitz in einem Mitgliedstaat haben, behandelt werden muss;

Or. it

Änderungsantrag 194
Marie-Christine Vergiat

Entschließungsantrag
Ziffer 17

Entschließungsantrag

17. betont, dass die Situation Staatenloser, die einen ständigen Wohnsitz in einem Mitgliedstaat haben, behandelt werden muss, und fordert alle betroffenen Mitgliedstaaten auf, die einschlägigen Übereinkommen der Vereinten Nationen zu ratifizieren;

Geänderter Text

17. betont, dass es unerlässlich ist, die Situation Staatenloser, die einen ständigen Wohnsitz in einem Mitgliedstaat haben, zu behandeln, und fordert alle betroffenen Mitgliedstaaten auf, die einschlägigen Übereinkommen der Vereinten Nationen zu ratifizieren und anzuwenden; **erinnert daran, dass die Lücken im Bereich der Staatsbürgerschaft in einem Mitgliedstaat den Staatenlosen nicht ihre Grundrechte nehmen dürfen;**

Or. fr

Änderungsantrag 195
Tatjana Zdanoka

Entschließungsantrag
Ziffer 17

Entschließungsantrag

17. betont, dass die Situation Staatenloser,

Geänderter Text

17. betont, dass die Situation Staatenloser,

die einen ständigen Wohnsitz in einem Mitgliedstaat haben, behandelt werden muss, und fordert alle betroffenen Mitgliedstaaten auf, die einschlägigen Übereinkommen der Vereinten Nationen zu ratifizieren;

die einen ständigen Wohnsitz in einem Mitgliedstaat haben, behandelt werden muss, und fordert alle betroffenen Mitgliedstaaten auf, die einschlägigen Übereinkommen der Vereinten Nationen zu ratifizieren ***und systematisch gerechte Lösungen herbeizuführen, die auf den Empfehlungen internationaler Organisationen basieren; vertritt die Auffassung, dass Staatenlose mit ständigem Wohnsitz in Mitgliedstaaten das Wahlrecht bei Kommunalwahlen haben sollten;***

Or. en

Änderungsantrag 196

Marco Scurria, Roberta Angelilli, Salvatore Iacolino

Entschließungsantrag

Ziffer 17 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

17a. betont, wie wichtig der Schutz nationaler Minderheiten und die Wahrung ihrer Rechte und Freiheiten sind, wie es im Rahmenübereinkommen über den Schutz der nationalen Minderheiten des Europarates von 1995 verankert ist.

Or. it

Änderungsantrag 197

Tatjana Ždanoka

Entschließungsantrag

Ziffer 17 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

17a. betont die Bedeutung der Achtung der Rechte der Personen, die

Minderheiten angehören; fordert die Mitgliedstaaten auf, die die Rahmenkonvention zum Schutz nationaler Minderheiten und die Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen noch nicht ratifiziert haben, dazu auf, dies ohne weitere Verzögerungen zu tun, und gegebenenfalls Vorbehalte und einschränkende Erklärungen zurückzunehmen sowie die Verträge nach Treu und Glauben umzusetzen; erinnert auch an die Notwendigkeit, die im Rahmen der OSZE entwickelten Grundsätze umzusetzen;

Or. en

Änderungsantrag 198
Mario Borghezio

Entschließungsantrag
Ziffer 18

Entschließungsantrag

Geänderter Text

18. unterstreicht, dass einige Personengruppen aufgrund von Unterschieden bei der Umsetzung des EU-Rechts und komplexen Verwaltungsverfahren bei der Ausübung ihres Rechts auf Freizügigkeit und auf freie Wohnsitzwahl diskriminiert werden; fordert die Kommission auf, Vertragsverletzungsverfahren gegen Mitgliedstaaten einzuleiten, die gegen die Richtlinie 2004/38/EG verstoßen;

entfällt

Or. it

Änderungsantrag 199
Monika Flašíková Beňová, Renate Weber

Entschließungsantrag

Ziffer 18 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

18a. fordert die Mitgliedstaaten auf, Diskriminierungen aus Gründen der Rasse oder der ethnischen Herkunft in den Bereichen Erwerbstätigkeit, Wohnung, Bildung, Gesundheit sowie Zugang zu Gütern und Dienstleistungen zu bekämpfen;

Or. en

**Änderungsantrag 200
Kinga Göncz**

**Entschließungsantrag
Ziffer 18 a (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

18a. fordert die Mitgliedstaaten auf, Diskriminierungen aus Gründen der Rasse oder der ethnischen Herkunft in den Bereichen Erwerbstätigkeit, Wohnung, Bildung, Gesundheit sowie Zugang zu Gütern und Dienstleistungen zu bekämpfen;

Or. en